

# Üb der Volksbote.

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

[Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich abends außer an Sonn- und Feiertagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 15, Lübeck zu beziehen. Verhandlungen, Artikel- und Wohnungsbauwesen nur 10 Pf., gewöhnliche Anzeigen 20 Pf. Postwertzeichen Mr. 1,60, Monatlich 5,50 Pf., Postzettel 20 Pf., 6. Nachtrag. Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittag in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Sonntagnachmittag, den 21. Januar 1899

6. Jahrgang.

Preise einer Beilage.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“)

Berlin, den 19. Januar.

Aus dem Reichstage. Wie alljährlich beim Eintreten des Reichsantritts des Kaisers wurde auch diesmal wieder das ganze Gebiet der sozialen Reform aufgerollt. Die heutige Sitzung wurde durch eine Rede des Abg. Mörsle eingeleitet, die wiederum von der sozialpolitischen Einsicht dieses weisen Mannes unter den Arbeitgebern Zeugnis ablegte. Herr Mörsle behauptete, daß die Ausgestaltung des Unfallversicherungsgesetzes noch immer auf sich warten lasse und ging dann auf die bei der Regierung in Vorbereitung befindliche Buchhausvorlage ein. Er gab unumwunden zu, daß der Terrorismus der Unternehmer ein viel stärkerer ist, als derjenige der Arbeiter und hat den Grafen Posadowsky, dem Kaiser einmal den Bericht über die Verhandlungen vorgetragen, welche in Leipzig auf den Verbandstage der Unternehmer-Arbeitsnachweise geführt worden sind, und die ein erschreckend reichhaltiges Material für den Unternehmer-Terrorismus enthalten. Die Rede des Herrn Mörsle fand nur auf der äußersten Linken Zustimmung und entfesselte in den Reihen derselben von Stumm gewaltige Entrüstung. Von unserer Seite nahm Genosse Wurm das Wort, um den Stillstand der Sozialreform, die großen Missstände auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und die nur den Unternehmern zu Gute kommende Politik der Regierung in aller Macht zu entkräften. Wie alljährlich voten ihm dazu die von ihm mit großer Sorgfalt studierten Berichte der Gewerbe- und Fabrikinspektoren reichliches Material. Auch Wurm sprach über die Buchhausvorlage, führte zahlreiche Beispiele für die Unterdrückungsmaßregeln seitens der Unternehmer an und beleuchtete die gerichtlichen Urtheile auf Grund des § 153, welche die kommerzielle Buchhausvorlage eigentlich jetzt schon ersezten. Ihm erwiderte der nationalliberale Abg. Möller. Herr Möller hat der letzten Legislaturperiode des Reichstages nicht angehört. Er ist aber von früher her als ein getreuer Gesinnungsverwandter des Herrn von Stumm bekannt und hat seine Anschauungen nicht geändert. Er hielt eine Rede ganz nach dem Herzen seines reichsparteilichen Kollegen und der Befrei, der bei seinen Aussführungen in den Reihen der Nationalliberalen laut wurde, zeigte, daß die Mehrheit der Partei Drehscheibe mehr auf dem Möllerschen als dem Bassemannschen Standpunkt steht. Genosse Wurm hatte auch den Staatssekretär zu einer Gewiderung herausgelockt. Graf Posadowsky unterließ es aber, holt schon auf die Buchhausvorlage einzugehen und suchte nur, mit einigen nichts sagenden Redewendungen, daß langsame Tempo, welches jetzt von der Regierung in sozialpolitischen Fragen eingeschlagen wird, zu rechtfertigen. Eine Nachlese zur Rede des Genossen Wurm hielt schließlich noch der Parteigenosse Alster. Nachdem dieser seine Jungfernrede beendet, wurde die weitere Berathung auf morgen vertagt.

13. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Auf Tische des Bundesrates: v. Posadowsky.  
Die zweite Berathung des Staats wird beim „Reichsamt des Innern“ fortgesetzt und zwar beim Titel „Staatssekretär“.

Mörsle (wildlich) findet es sehr erfreulich, daß die Regierung neue Gefechtskrisen vorbereite; vor allem sei die angekündigte Novelle zum Alters- und Invaliditätsgebet wichtig. Leider werden aber die Zahl der positiven Thaten von der der negativen übertragen. Es schwelt z. B. die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz immer noch zwischen Himmel und Erde. Ferner hat der Bundesrat alle die Anträge, betreffend die Sicherung der Koalitionsfreiheit und den Ausbau der Berufsvierein abgelehnt. Auch ist das Verbündungsverbot für politische Vereine immer noch nicht aufgehoben. Die Regierung rechtfertigt zwar ihre ablehnende Haltung gegenüber den Berufsvieren mit Hinweis auf das allgemeine Wahlrecht, das den Arbeitern genügend Waffen biete. Aber es ist fest, daß man auf der einen Seite den Arbeitern räth, sich um ihre materiellen Interessen zu kümmern und sich nicht der Parteihälfte in die Arme zu werfen, sie aber auf der anderen Seite zur Wahrung ihrer Interessen direkt auf die Politik hinweist. Dagegen ist ein Streitgesetz gegen den Terrorismus der Streitenden angekündigt. Dertel ist aber in gewissem Sinne unvermeidlich und wird nicht zum wenigsten gerade von uns, den Arbeitgebern, angefechtet. Ich bestreite es nun aber, daß überhaupt ein besonderes Gesetz gegen diesen Zwang auf Arbeitsnachweise notwendig ist. Wie selten die Arbeiter diesen Zwang auszuüben vermögen, geht aus der immer größer werdenden Zahl der verlorenen Streiks hervor, die durch das Einspringen von Arbeitswilligen verloren wurden. Durch solche Maßnahmen erwartet man eben eine gewisse Einschüchterung der Arbeiter, die dann über-

haupt nicht so leicht eintreten, obwohl auch die aünftigere wirtschaftliche Konjunktur nicht andingen würden. Dazu liegt sicherlich eine Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Wer heute noch auf dem Standpunkt der Februarerklärung steht, gilt den Unternehmern als Feind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist wohl nie so deutlich hervorgetreten, als auf jener Leipzigser Verhandlung des Unternehmers, die die Arbeitsnachweise als ein Mittel betrachtete, um den Arbeitern entgegenzutreten. Der Sekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller, ein tüchtiger Kaufmann, erklärte offen, daß die Arbeitsnachweise dekadischs Mittel gegen unethische Arbeitgeber anwenden müssten. Wenn man von Terrorismus sprechen will, so kann man also nur von einem Terrorismus der Unternehmer reden. Moge doch Graf Posadowsky dem Kaiser über diese Ausschauungen der Unternehmer nicht erzählen, dann wird es vielleicht gelingen, die Novelle zum Zoll der Arbeitsnachwälten in letzter Stunde noch zurückzuholen. (Westf. lins.) Ich gebe zu, daß die Kommission für Werterhaltung sehr reichlich gewirkt hat, aber sie war in vier Jahren nur während 42 Tagen zusammen. Ich fordere deshalb, daß ein besonderes Arbeitsaufkommen erreicht wird. Wenn vorher scheitert, was in Belgien, Frankreich, England und der Schweiz auf demselben Wege geleistet wird, muß aus ein Gefühl der Niedergangung rücksiegen, daß wir nicht schon lange mehr gehabt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichstag ist nicht nur dazu da, die Interessen der oberen 10000 zu fördern. Der Eratz der Schwaben ist eine besondere Pflicht und deshalb muß er und die Regierung für Sicherung auf sozialem Gebiete sorgen. (Westf. lins.) und bei den Sozialdemokraten.)

Wurtz (SD): Den Optimismus des Herrn Vertreters teilen wir nicht, wir sind bei Überzeugung, daß die Reichsregierung nur die kapitalistischen Interessen wahrnimmt. Wir haben Beweise über Weisen, daß der Terrorismus der Arbeitgeber auf dem Gebiete der Arbeitsnachweise, von dem Herr Mörsle gesprochen hat, nicht bloß ein kommtler Wunsch der Unternehmer gekrönt ist. Die Unternehmer benutzen die Arbeitsnachweise dazu, um die Arbeiter gefügt zu machen. So hatte ein bei der Lübecker Maschinenfabrikgesellschaft angestellter Arbeiter weiter nichts gehabt, als daß er regulär kündigte, weil er wo anders eine bessere Stellung bekam. Das war strafbar! Die Firma, bei der er engagiert wurde, belam eine Zustands, daß sie den Mann nicht nehmen dürfe. Sie unterwarf sich dieser Auflösung, da sie ja mit einer Konventionalstrafe verfolgt wäre, und der Arbeiter war monatelang brodlos. So hat also die Arbeitsnachweise in den Augen der Unternehmer nichts weiter als Maßregelungszweck. Dem Antrag des Abg. Mörsle, einen Arbeitsnachweis zu errichten, in dem Arbeitgeber und Unternehmer gleichmäig vertreten sind, und der deshalb mehr Garantien für unparteiische Wahlen bietet, stehen wir sympathisch gegenüber. Wir freuen uns, daß eine Anzahl Mitglieder des Reichstags sich jetzt zu den Ausschauungen bekannt haben, die wir schon seit Jahrzehnten vertreten. Wir wollen abwarten, ob Sie hier im Reichstag eine Majorität finden, welche bereit ist, den Arbeitern das gleiche Recht wie den Arbeitgebern zu ertheilen, und dadurch gegen den Terrorismus der Arbeitgeber Front zu machen. Daß dieser Terrorismus tatsächlich vorhanden ist, beweisen auch die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Nach diesen Berichten provozieren die Arbeitgeber die Arbeiter, machen ihnen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich und erzwingen den Vertrauensverlust der Arbeiter ihre Existenz. Der Reichsbericht allerdings bringt nichts von dem, was den Bestrebungen der Arbeiter angeht. All das vergibt er einfach mitzuhelfen, während man in den einzelnen Landesberichten viel mehr darüber findet. Graf Posadowsky hatte bekanntlich behauptet, daß die Arbeiterorganisation nicht die Streits verhüte. Demgegenüber schreibt z. B. Herr Dr. Wörishöfer aus Baden, daß die organisierte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt ist, sich mit den Streitenden solidarisch zu erklären, daß sie im Gegenteil häufig Streits verhindere. Er betont weiter, daß die Arbeiterorganisationen für den Fortschritt der Lebenshaltung der Arbeiter und damit für die Hebung der Gesamtakultur von höchster Bedeutung seien und nicht, wie Herr von Posadowsky meinte, ein Mittel um die deutsche Industrie zu ruinieren. Herr Wörishöfer bedenkt deshalb auch nicht etwa, daß die Arbeiter-Organisationen existieren, sondern daß sie so schwach sind. Er bestoß das geringe Interesse einer großen Zahl von Arbeitern gegenüber diesen Organisationen. Ja, der Trend von Seiten der Unternehmer und die lange Arbeitszeit verhindert leider die große Masse der Arbeiter noch immer, sich diesen Organisationen anzuschließen, aber es ist sehr anzuerkennen, daß ein Aufsichtsbeamter den Mut hat, gegenüber den Aussichten der Regierung dies zu bedauern. -- Der Beamte von Mittelfranken weiß auf die geringe Zahl der Ausstände hin, die zum Theil mit der guten Disziplin der Arbeiter, deren Führer keine Ausstände wünschten, zusammenhängen. (Hört! hört! lins.) Auch von dieser Anerkennung ist in dem Reichsbericht keine Rede, während sie doch ohne Zweifel sehr wichtig ist und charakteristisch ist. Ebenso hat der Reichsbericht vergessen, mitzutheilen, was der Mainzer Beamte beobachtet hat. Dieser erklärt, daß zwar ein kleiner Theil der Unternehmer auch organisierte Arbeiter in ihren Betrieb einstelle, ein großer Theil der Unternehmer dagegen jeden Arbeiter entlässe, von dem er vermuthe, daß er Mitglied einer Organisation geworden sei. Dohr kommt es auch, daß die Arbeiter Furcht haben, mit den Gewerbeaufsichtsbeamten in Verkehr zu treten, weil sie eben Maßregelungen fürchten. Auch wenn die Inspektoren ein besonderes Sprechzimmer haben, müssen die Arbeiter gewarnt sein, bei ihren Gangen dorthin von Spiezi im Antrage ihrer Arbeitgeber beobachtet zu werden. Auf diese Weise wird die gesetzliche Fürsorge für die Arbeiter einfach null und nichtig gemacht. -- Während man es z. B. in Bayern, Württemberg, Hessen, Baden für selbstverständlich hält, daß die Beamten der Regierung mit den von den Arbeitern gebildeten Beschwerde-Kommissionen in Verbindung treten, ist davon in Preußen keine Rede. -- Dazu kommt noch, daß es einen Theil der Arbeiterschaft überwiegend unmöglich gemacht wird, sich mit den zu ihrem Schutz erlossenen Gesetzen vertraut zu machen und mit den Inspektoren in Verbindung zu treten, nämlich den polnischen Arbeitern, die deutsch verstehen. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht der Regierung,

z. B. nach Polen nur Aufsichtsbeamte zu senden, die die polnische Sprache beherrschten und den dortigen Arbeitern die betreffenden Bestimmungen in volkstümlicher Sprache zugänglich zu machen. (Sehr richtig! lins.) Die Zahl der Aufsichtsbeamten ist eine lächerlich geringe im Verhältnis zu den Aufgaben, die sie zu erfüllen haben; daher können sie ihre Arbeitern auch nur sehr ungenau anstrengen. Ihre Überseiten sind mit eingeschränkter Unbefriedigung aufzunehmen gestellt. Unsere sozialdemokratischen Zeitungen nehmen sich freilich die Mühe, die dort schändlichen Bedingungen anderszuführen. Dabei hat es sich nun herausgestellt, daß 90 v. H. aller revisionspflichtigen Arbeitnehmer gegen unschöne Arbeitserleichterungen, gerade die kleinen Werkstätten sind da meistens überzeugt worden und diese haben die Revision am allerwidrigsten. Die Aufsichtsbeamten sind eben vermöge des geringen Personal überlastet; zudem haben sie noch Büroarbeiten u. s. w. auszuführen. Die allgemeine günstige Konjunktur in der wirtschaftlichen Lage kann auch höhere Auslastung an den Betrieb stellen" sagt der Herr Staatssekretär. Ja, an den Mittwochabend. Hier gestiegerte Gewerbeinspektion bleibt immer noch nichts übrig. Ein eindrucksvoller Berge, der Barier steht in der „Schifflichen Welt“, erzählt von den Eisenbahnerbeamten in Westfalen, daß sie dort schlechter haben, als das Westf. und daß er sich darüber wunderte, daß sie nicht lieber ins Zollamt gehen. Und kein Gewerbeaufsichtsbeamter kümmert sich um sie!!! Vom Handwerk versteht der größte Theil der Gewerbeaufsichtsbeamten gar nichts. Das Organ des Herren von Stumm erklärt ja auch, daß die Gewerbeaufsicht sich gar nicht auf das Handwerk zu erstrecken habe! Wir hören daher nichts von dem Einst in der Handindustrie, von der Beleidigung der schulpflichtigen Kinder u. a. m.! In derselben, wo wir drei Viertel Millionen arbeitsloser Erwachsener hatten, hatten wir eine halbe Million erwerbsfähiger Kinder! Gegen solche Unzulänglichkeiten kann nur die Errichtung von Arbeiterschulen, von Arbeitsämtern helfen. Die preußische Regierung hat aber geradezu einen Siegel dem vorgesetzten, daß Arbeiter je in die Gewerbeinspektion kommen. Diese bleibt nach wie vor den Techniken und pensionierten Offizieren überlassen. Diese Leute können aber unmöglich hinter alle Schilde kommen, mit denen die Unternehmer die Schimpfbestimmungen umgeben. Ein großer Arbeitstand liegt keiner darin, daß die Berichte so spät erscheinen, so daß man sie vor der Verbreitung im Hause gar nicht ordentlich durchlesen kann. Geradezu lächerlich geringt sind die Bestrafungen, die die Arbeitgeber für ihre unmenschliche Ausbeutung erhalten. 10 Pf., 20 Pf., 50 Pf., das ist der Durchschnitt der Strafen, und der Richter bedauert das noch. Wenn aber ein sozialdemokratischer Redakteur eine angebliche Majestätsdeliktilgung begeht, dann sind 4 Jahre Zuchthaus nicht zu viel Strafe für ihn. Und da verlangen Sie noch, daß man an den Reichsstaat glauben soll? (Bravo! lins.) Was hat der tatsächlich vorhandene Aufschwung in der Industrie den Arbeitern eigentlich gebracht? Längere Arbeitszeit, höhere Anspannung ihrer Kräfte, Verschmutzung ihrer Gesundheit! Die höheren Löne, die sie hier und da bekommen, sind nur auf Überstundearbeit zurückzuführen. Und die „höheren Löne“ steht in vielen Fällen ein so jämmerliche Bezahlung gegenüber, wie die in der Siemens'schen Glasfabrik zu Löbau, wo zwei Arbeiter nur Armenunterstützung einkommen müssen, weil sie mit ihrem Lohn nicht auskommen konnten. Die Siemens'sche Aktiengesellschaft zahlt 14 v. H. Dividende!! Hat bei einem Aktienkapital von 5 Millionen anderthalb Millionen Mark Gewinn abgeworfen. Man spricht von der günstigen Konjunktur. Über wieviel Italiener, Galizier, Polen werden als Vorländer von den Unternehmern ins Land geholt. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hat sich die Zahl der bildigen weiblichen Arbeitskräfte vermehrt. Auch die Überstundearbeit ist gewachsen. In der Bewilligung von Überstundearbeit sind die Behörden nach wie vor sehr willkürliche. Die Gehaltsverhältnisse liegen noch fast überall sehr im Argen. Die Arzte sind häufig nicht geneigt, die Promoten zu unterstützen, weil sie sich in zu großer Abhängigkeit von den Kapitalisten fühlen. Selbst bei den Arzten für die Ortskrankhaften ist das vorgekommen. Wo die Arbeitszeit über 10-11 Stunden dauert, verehren die Arbeiter Körperlich und geistig. Die Schwindsucht ist die Proletarierkrankheit; sie nimmt immer mehr überhand, das beweisen die Berichte der Ortskrankhaften. Hier hat die Regierung sofort energisch einzuführen, wo die Gewerbe-Inspektoren es für nötig bezeichnen. Der Aufschwung der Industrie hat für die Arbeiter größeres Körperliches Glück im Gefolge gehabt. Die Statistik der Verunsicherungen zeigt, daß die Zahl der Verletzten im letzten Jahre bedeutend gewachsen ist. In den letzten 11 Jahren hat die Zahl der Unfälle bedeutend zugenommen, besonders in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Unternehmer benötigen die Arbeitskraft der Arbeiter auf das Rücksichtloseste aus ohne Schonung des Lebens und der Gesundheit. Nur eine größere Summe von Geld, Unfall und Krankheit haben die Arbeiter davongetragen, während der Unternehmergewinn riesig gestiegen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Möller (NL) polemisiert gegen den Abg. Mörsle. Gegen den letzten Unfallversicherungsentwurf der Regierung sprechen die schwersten Bedenken. Dass die Arbeiter bei der Beweisführung der Unfallsachen in erster Instanz mitgesprochen sollen, widerpricht jedem Rechtsgefühl. Die Arbeiter sind Partei und die Unternehmer tragen zudem sämtliche Kosten. Was nun den § 153 der Gewerbeordnung anlangt, so mag er für die Mehrzahl der Fälle ausreichen, aber er reicht nicht völlig aus, das ist die Empfindung weiterer Kreise. Die Terrorisierung der Arbeitsschwachen darf nicht ungestraft weiter bestehen, das ist die Überzeugung der Mehrzahl des deutschen Volkes. (Sehr richtig! bei den Kat.-lib. und rechts.) Viel wäre schon geholfen, wenn die Gerichte den jetzigen § 153 schärfster anwenden wollten. (Abg. Förster: Gejährt jetzt schon!) Da England wird der Terrorismus viel härter bestraft. Herr Mörsle ist zu optimistisch, wenn er die Gegenhälfte zwischen Unternehmern und Arbeitern als mildere ansieht. Streiks sind keine Machtsachen und so wird es auch bleiben, nachdem der utsprichtliche Aufsichtsstaat auf der Bildfläche erschienen ist. Gemeinsame Arbeitsnachweise können nur da segensreich wirken, wo die Gegenseite nicht gar zu scharf sind. In

Hamburg wäre ein solcher Arbeitsnachweis aber z. B. unmöglich. In Bezug auf die Arbeiterversicherung marschieren wir allen anderen Ländern voran. Das müssen wir Herrn Wurm gegenüber betonen, der hier wieder die Bereitstellungstheorie gepredigt hat. Es wird jetzt für die Arbeiterversicherung täglich etwa eine Million ausgegeben. Herr Wurm nimmt die Arbeiterversicherung für ein Verdienst seiner Partei in Auftrag. Das ist etwas ganz Neues. Ich weiß nur, daß die Sozialdemokratie gegen alle diese Weise geärgert hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts). Wenn es nach dem Willen jener Herren gegangen wäre, ich hätte kein einziges dieser Weise. Herr Wurm wünscht ein schnelles Tempo in der Sozialpolitik. Wir halten das eingeslagene Tempo für das richtige. Gerade auf dem Gebiete der Sozialreform muß mit großer Vorsicht vorgegangen werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts). Ich komme von speziell zur Rede des Abg. Wurm. Seine Kritik war nicht berechtigt. Herr Wurm behauptet, die Inspektoren in Preußen thäten weniger als die in anderen Staaten ihres Schmiede. Dorthin hat er Utrecht: neue Bedürfnisse werden in Preußen bestreift. Gewisssen hat mich Herrn Wurm's Anerkennung über die politischen Arbeiter. Seine Vorschläge vertragen sich nicht mit dem nationalen Demokratischen. In jedem Lande herrscht nur eine Sprache. (Abg. Hilpert: "Wegsten" Abg. Wurm rief: "Schwatz") Diese Forderung geht entschieden zu weit. Herr Wurm benötigt die Ausnahmestellungen in Tabakfabriken. Weiß er nicht, daß in seiner Praktik keine Tabakfabrikanten sind, die man hat schaffen wollen? (Wir wollen keine Schwung!) Was den Arbeitnehmern im Handwerk anbetrifft, so liegt für die Regierung hier noch ein weiteres Arbeitsfeld. Für weibliche Inspektoren bin ich nicht, ihnen würde die übliche Objektivität fehlen. (Weiterfahrt und Überspruch links). Was die Überarbeit betrifft, die Herr Wurm erwähnt, so sind noch nie so wenig Überarbeiten gemacht worden als jetzt. Im Allgemeinen sind die Löhne der Prospersität entsprechend gestiegen. Im Jahrzehnt beträgt der Lohn jetzt jährlich durchschnittlich 1200 Mark. Das ist doch nicht stimmenhaft! Auch die Löhne der preußischen Eisenbahnarbeiter sind gestiegen. Alles in Allem können wir uns über die guten wirtschaftlichen Zustände im Lande freuen, von denen die politische Macht des Landes abhängt. Das sollte man im Auge behalten. (Beifall rechts und bei den Nationalisten.)

Staatssekretär Graf von Posadowsky: Ich halte es nicht für richtig, auf die Gesetzesvorschläge einzugehen, die dem hohen Hause noch nicht zugegangen sind. Der Abg. Wurm ist auf die Inspektionsberichte eingegangen. Ich weise darauf hin, daß wir jetzt schon viel weiter sind in der Veröffentlichung der Berichte, als das Gesetz es verlangt.

Auso von einer Fleckeneinigungs-Anstalt ist keine Rede. Die Berichte werden urbi et orbi verstanden. Daß ein zusammenfassender Reichsbericht herangegeben wird, beruht auf einem Wunsch des Reichstags im Jahre 1897. Wenn die Neuherstellung eines schwäbischen Beamten über die Freiheit der Arbeiter, sich an die Gewerbeinspektoren zu wenden, nicht erlaubt ist, so deshalb, weil dieser Beamte keine Einzelbelege für seine Behauptung beigebracht hat. Der sanitäre Maximinarstag ist diesmal das eigentliche Thema der Berichte geworden. Ich bin gewillt, diese Frage in sehr ernste Erwägung zu ziehen. Der "Vorwärts" hat selber auferkannt, daß Deutschland in Bezug auf die Erfolge der Erkrankungsversicherung an der Spitze der europäischen Staaten steht. Wir werden in unserer Fürsorge für die Arbeiterklasse nicht ermüden, werden uns aber durch nervösen Dilettantismus nicht zu geizigerischen Maßregeln treiben lassen, die wir für unpraktisch halten. (Lebhafte Beifall rechts)

Auger (SD) saß der Tribüne nahezu unverständlich; auch herrschte große Unruhe; die Glocke des Präsidiums erhöhte mehrere Male: Auch ich möchte einige Worte über den Terrorismus der Arbeiter sagen. Ich sehe einen Unternehmer, der den stillenigen Arbeitstag, den er seinen Arbeitern bereits bewilligt hatte, wieder aufhob, weil er von seinen Kollegen dazu gezwungen wurde. In einem andern großen Fabrikatellissement führte der Besitzer den achtfüßigen Arbeitstag unter der ausdrücklichen Ablösung ein, daß das nicht in die Öffentlichkeit dringe, da er sonst gezwungen werden würde, wieder davon abzugehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was die Gewerbeaufsicht betrifft, möchte ich auch betonen, daß das Verhältnis zwischen Aussichtsbeamten und Unternehmern nicht so ist, wie es sein sollte. Sehr oft hatte der Fabrikbesitzer vor dem Erscheinen des Beamten vorher Kenntnis erhalten. Es ist ein alter Streitpunkt, ob dieser oder jener Betrieb unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung fällt oder nicht. Über den Begriff Fabrik sind sich selbst die Fachgelehrten nicht einig. Daher wäre es das einzige Richtige, alle diejenigen Betriebe, die irgendwo über den Rahmen des geringfügigen Kleinhandwerks hinausgehen, unter die Arbeitsschutzbestimmungen der Gewerbeordnung zu stellen. In nächster Zeit muß hierin etwas geschehen. Wenn freilich das jetzige Tempo der Sozialreform das normale sein soll, dann werden wir noch lange auf die Erfüllung unserer Wünsche rechnen können. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Redner berührt weiter das Gebiet der Arbeitshygiene und findet es ungerecht, wenn alte Arzte erläutern, sie könnten nicht entscheiden, ob eine Krankheit die unmittelbare Konsequenz des Gewerbetriebes sei oder nicht. Die Abhängigkeit eines großen Theils der Arzte vom Kapital tritt hierbei klar zu Tage. Ein besonders trauriger Wichter ist, daß die Vertrauensärzte der Vertragsgenossenschaften sich als Beamte und nicht als objektive Beurtheiler fühlen. Deshalb trifft man auf Urtheile der Vertrauensärzte, die man für unglaublich halten sollte. So wurde in einem Falle der fortgesetzte Bezug der Rente für korrumpernd für den Arbeiter erklärt (hört! bei den Sozialdemokraten). Redner weist schließlich auf die übermäßige Arbeitszeit in der Bijouterie hin, die durch Gesetz für Sommer und Winter gleichmäßiger vertheilt werden müßte. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Die Weiterberatung wird hierauf verzögert.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

## Politische Blätterblatt.

### Deutschland.

Das Reichstagsgesetz ist nach der "Germania" in seiner Ausarbeitung noch so weit rückständig, daß seine Einbringung in den Reichstag wohl noch einige Zeit dauern dürfte. — Haben die Geheimräthe noch nicht die Form gefunden, in welcher den Arbeitersindern im Reichstage das längst angekündigte Gesetz serviert werden soll?

Im preußischen Staatshaushaltsetat für das Etatjahr 1899 sind die Einnahmen auf 2 326 327 348, die Ausgaben im Ordinariu[m] auf 2 187 175 538, im Extraordinariu[m] auf 139 151 810, zusammen ebenfalls auf 2 326 327 348 Mark veranschlagt. Die Veranschlagungen ergeben für 1899 bei den Einnahmen ein Mehr von 138 799 964 gegen das Vorjahr, und bei den Ausgaben einen gleichen Mehrbetrag, wovon 131 248 158 Mark auf das Ordinariu[m], 7 515 806 Mark auf das Extraordinariu[m] entfallen. Bei den statlichen Betrieben verwalten ist im Ordinariu[m] ein Mehrüberschuß von 39 264 716 Mark veranschlagt. Hierbei ist zu bemerken, daß bei dem veranschlagten Mehrbedarf sowohl bei den Betriebs- wie

bei den übrigen Verwaltungen für 1899 noch berjenige Betrag hinzuzurechnen ist, der auf den einzelnen Verwaltungen von den für 1899 im Etat des Finanzministeriums ausgebrachten Beträgen von insgesamt 12 332 000 Mk. zu Dienst in Kommission verbesserte für Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren Beamten entfällt.

Woher kommt die günstige Finanzlage des Reiches, auf welche die neue Heeresverstärkung gestützt werden soll? Diese Frage beantwortet die "Frei. Blg." wie folgt: In der Hauptfache aus der vermehrten Einführung ausländischen Getreides und ausländischen Fleisches. Der Budgetkommission des Reichstags ist eine amtliche Zusammenstellung übergeben worden, aus welchen Einfuhrartikeln sich das Mehr an Zollentnahmen in den ersten acht Monaten des laufenden Etatjahres zusammengesetzt. Dieses Mehr beträgt gegen dieselbe Zeit des Vorjahres 26 948 773 Mk. Von diesen Mehreinnahmen entstammen 15 909 000 Mk. aus der vermehrten Einfuhr von ausländischen Getreide, insbesondere von Weizen, Roggen, Gerste und Mais und 4 169 783 Mk. aus der gesiegerten Fleisch einfuhr. Die Schmalz einfuhr hat außerdem eine Mehreinnahme von 1 071 242 Mk. ergeben. Abgesehen hiervon haben erhebliche Mehreinnahmen ergeben Bau- und Holzholz mit 1 371 735 Mk., Kaffee mit 3 339 520 Mk., Heringe mit 684 006 Mk., Tee mit 846 600 Mk., wogegen Petroleum eine Mindereinnahme von 1 514 106 Mk. nachweist.

Das heißt also kurz: Von den Zöllen auf die Konsumartikel der Arbeiter und Kleinbürgers kommt das Geld für die militärischen Rüstungen. Diese Weisheit ist zwar nicht neu, doch ist es gut, wenn das verflüchtige Gold immer wieder einmal daran erinnert wird.

Eine neue Anti-Auarchistenkonferenz. Nach der römischen "Opinione" ist auf der ersten Konferenz ein Vragebogen entworfen worden, von dessen Beantwortung die Möglichkeit eines internationalen Abkommen abhängen werde. Die "Opinione" sieht vor, daß einige Mächte ausreichend oder abhängig antworten werden; andere aber seien entschlossen, einen Vertrag abzuschließen, zu welchem Zwecke eine neue Konferenz stattfinden werde. An der neuen Konferenz würden nur die Staaten teilnehmen, die alle Vorschläge akzeptieren. Sicher seien die Stimmen von Deutschland, Italien, Österreich, Russland, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden, Griechen, Rumänien und der Türkei. — Da befindet sich ja das Deutsche Reich wieder in netter Gesellschaft! Vom Baron und vom Sultan stammt, wie es durch neue Polizeimethoden nach dem Muster der Karlsruher Beschlüsse zu Zeiten der heiligen Allianz das 20. Jahrhundert in die Schrauben zu fordern.

Überflüssige Arbeit. Unser Braunschweiger Parteiorgan ist in der Lage, einen Briefwechsel des Berliner Polizeipräsidiums, Abth. V, mit der Braunschweiger Staatsanwaltschaft zu veröffentlichen. In dem ersten Schriftstück — datirt 12. Dec. 1895 — ersucht die Berliner Polizei „um gefällige Überliefertung der Strafanlagen wider den Redakteur Richard Gauweiler (jetzigen Reichstagsabgeordneten, Redaktion d. "L. B."), welcher durch Urteil des Braunschweiger Landgerichts vom 6. September 1893 wegen öffentlicher Bekleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist.“ Das zweite Dokument ist das Begleitschreiben, welches den „nachgemachtem Gebrauche“ zurückgesandten Alten beigelegt war. Wozu man in Berlin diese alten Akten gebraucht hat, ist aus den beiden Schreiben nicht ersichtlich. Unser Braunschweiger Parteiorgan hebt die Vermuthung, daß jedesfalls s. Bt. gegen Gauweiler in Berlin etwas vorgelegen hat, was jedoch später zu keiner Anklage geführt hat. — Das mag möglich sein. Wir glauben jedoch eher, daß das Polizeipräsidium die Akten lediglich zu seiner „Information“ über Gauweiler, der inzwischen seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt hatte, gehabt hat. Die preußische Polizei glaubt sich einer Pflichtvergessenheit schuldig zu machen, wenn sie nicht im Besitz eines genauen Personales von jedem irgendwie über die Masse ragenden Sozialdemokraten ist. Derartige überflüssige Arbeit ist ja auch leichter als der Fang von Raubmännern.

Die deutsch-französische Annäherung. Die Pariser Wochenschrift "La Vie Illustrée" beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die "Vie Illustrée" hat einen Mitarbeiter nach Deutschland geschickt, um dort eine Enquête über die Frage der Annäherung vorzunehmen zu lassen. In der Einleitung wird gesagt, die Frage sei auf der Tagesordnung, es scheine, daß die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung in Frankreich gegen Deutschland im Abnehmen begriffen sei. Nun sei es interessant, zu wissen, was man in Deutschland denkt. Der nach Deutschland gesandte Redakteur konstatiert, daß er nirgends eine offene Feindseligkeit gegen Frankreich gefunden habe. Deutschland betrachte Frankreich als eine Gefahr, aber nicht als Feind. Dagegen hat der Redakteur überall bei Verführung der elsaß-lothringischen Frage ein unbedugsames Festhalten an dem gegenwärtigen Stande gefunden. Der Angeordnete Schröder (Bd.), den er interviewte, sieht bei aller Freundschaft für Frankreich nicht, welches Interesse Deutschland zu einer Allianz mit Frankreich treiben könnte, die notwendig gegen England gerichtet wäre. Schröder weist auch auf die innere Krise in Frankreich und die Unbeständigkeit der innerpolitischen Verhältnisse daselbst hin. Professor Ehrlich hält eine deutsch-französische Entente einstweilen nicht für realisierbar; der richtige Moment sei der Augenblick der Transvaalaffäre gewesen. Diesen Moment habe Frankreich verpaßt. Der Abgeordnete

Dr. Barth räth Frankreich, zur Gewinnung der deutschen Sympathien in seinen Kolonien das System der offenen Thür einzuführen. — Wie man in maßgebenden politischen Kreisen Deutschlands über die Annäherung denkt, darüber läßt die "Kön. Blg." Folgendes verlauten: Das offizielle Blatt schreibt zu der Ankündigung eines französischen Ministers (Delcasse). Die Red. überall, wo es angängig sei, werde er gemeinsam mit Deutschland marschieren: „Wir haben keinen Grund, die Nichtigkeit jener Mitteilung in Zweifel zu ziehen. Es ist beachtenswert, daß französische Blätter und Politiker derartige Ansprüche machen dürfen, ohne von Ausbildung in der Entrüstung weggeschwemmt zu werden. Wenn die Entwicklung, daß Frankreich und Deutschland noch lange nicht die üblichsten Nachbarn sind, an der Hand von Aschaffenburg sowie anderer Entscheidungen aufzuhören beginnt, so ist das Ergebnis, soweit es den Zwecken des Friedens dienst, ein erstaunliches.“

Die Aussöhnung mit dem bisherigen „Großinde“ scheint dennoch nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Zu dem bekannten Briefe des Herrn von der Grubenhäusern veröffentlicht Herr Krauß Kobuleitn, an den der Brief gerichtet war, eine Erklärung, in der er mittheilt, daß ihm das Schreiben aus seinem Alter erwidert worden ist. Weiter bemerkt Herr Krauß:

Doch der Antrag zur Vergabe einer Million seitens der landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft durchaus nicht lediglich zur Tautung der Güterverhältnisse des Herrn von der Grubenhäusern gestellt wurde, vielmehr beschäftigte die Genossenschaft zweitens: die Arbeiterfrage und die Frage der Entwicklung des Kreisbaus und Bodens. Wir haben in der bisherigen laufenden Behandlung der Arbeiterfrage sehr leidende Momente, sondern planbare, daß das Interesse des Arbeiters mit dem des Arbeitgebers eng verflochten werden muss und zwar auf genossenschaftlichem Wege; wir haben aber zugleich die Möglichkeit, diese Idee auf dem Boden bei der jetzt herrschenden Stabilität von Zinsen und Abgaben gegenüber der Unberechenbarkeit der Kunden, bedingt durch Kompaktur und Natur, durchzuführen. Gerade in Ostpreußen müsste es uns nahe liegen, daß, wenn der Staat zum Aufbau eines Bergwerkes viele Millionen, deren Verzinsung eine sehr fragliche ist, einstellt, er auch zur Vergabe einer Million für Verarbeitung eines der wichtigsten Fragen stehenden Projekts sich verstehen würde.

Aiso „nicht lediglich“ zur Sanierung des Herrn von der Grubenhäusern sollte die Million dienen; die Landwirtschaftskammer und das Ministerium, die den Antrag abhatten, müssen aber doch wohl der Meinung gewesen sein, die Sanierung sei die Hauptaufgabe. Uebrigens ist, wie in der Presse mitgetheilt wird, Herr Mittergutsbesitzer Krauß von der Centralverwaltung der Raiffeisen-Genossenschaftsorganisation schon seit geraumer Zeit als Leiter der Königslberger Filiale entfernt, weil man an zuständiger Stelle seine allzu idealistische Auffassung vor der durch Genossenschaftsbildung möglichen Hilfeleistung der Landwirtschaft nicht zu thieren vermochte.

Eine gute Antwort hat der Zar vom Grafen Tolstoi erhalten. Diesen eigengearteten Sozialpolitikerlich sich der Selbstherziger aller Reichen auf seiner Litadiareise in Tula vorstellen. Schon diese Vorstellung ist ein bemerkenswerther Vorgang, da mehrere von Tolstoi's soziologischen Schriften, durch die Benutz brausten, in Russland nur als Manuskript erschienen, daß heißt als verbotene Lektüre bekannt wurden. Der Zar also, unbefangen als seine wachsamen Benutz, hat sich den gräßlichen Philosophen vorstellen lassen und bei dieser Gelegenheit, wie "Daily Mail" aus Odessa meldet, gefragt: „Was ist Ihre Absicht über meinen Abrüstungsvorschlag?“ Tolstoi Diogenes soll darauf Nicolaus Alexander erwähnt haben, daß dieser seiner eigenen Idee in der Sonne läche, er bemerkte nämlich: Der Zar müsse allen übrigen Herrschern durch die That der Abrüstung ein Beispiel geben; er, Tolstoi, wolle das Friedensmanifest als Plan der Feder befeilten und unterstützen. Ob der Zar noch etwas sagte über fragte, weiß nicht mitgetheilt. Das Geschichtchen ist interessant, höchstlich ist es auch wahr.

Kleine politische Nachrichten. Der Initiativ-Antrag der Freisinnigen Volkspartei Münster und Genossen, welcher sich auf die Aufhebung des sogenannten Großdeutschlandes bezieht, ist jetzt ver vollständigt worden durch einen Zusatzantrag des Partei, wonach die Verfolgung im Wege der Privatklage in der bisherigen Weise ausgeschlossen soll. Drei Tage ging durch die bürgerliche Presse die Nachricht, der Abg. Bassermann, der Führer der Nationalliberalen, werde die Stelle des ersten Staatsanwalts in Konstanz übernehmen, wodurch dann eine Renovatio notwendig geworden wäre. Die "Rhein. R. R." demonstriert jetzt diese Nachricht Bassermann habe mit Rücksicht auf sein Mandat auf diese Stelle verzichtet. Der Bassermannsche Wahlkreis (Sachsen-Weimar III) ist einer derjenigen, in welchem unserer Partei nur noch wenig zum Siege fehlte. Bei einer Neuwahl wäre es sehr fraglich gewesen, ob die Nationalliberalen ihn wieder erobern hätten. — Die preußischen Feuerbestattungsvereine haben an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, daß Haus wolle die Staatsregierung ersuchen, die zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen erforderlichen gesetzgeberischen Maßregeln zu treffen. Dem Gesuch ist eine ausführliche Begründung beigegeben, von deren vornehmlichem Prüfung man eine wohlwollende Berücksichtigung der Petition erwartet. — Die Verleihung von Orden an Türken ist in rapidem Rückstadium begriffen. Die letzte Nummer des "Reichs-Anzeigers" bringt fast zwei Spalten Ordensverleihungen vom Großkreuz des Roten Adler-Ordens in Brillanten bis zum Kronenorden vierter Klasse an türkische Beamte. Unter den mehr als hundert ausgezeichneten Türken findet sich nicht nur Minister, Pashas und dergleichen, sondern auch die niederen Würdenträger bis herunter zum Leib-Pferdefischer und zweiten Leiblutscher. — Answellungen österreichischer Untertanen in Schlesien noch fortgesetzt statt. Nach der "Kattowitzer Blg." mußte der Oberfaktor eines Kattowitzer Restaurants, der bereits längere Zeit dort in Stellung war, plötzlich sein Bindel schnüren, da bekannt worden war, daß er "Galizianer" sei. — Nach dem "Borm." ist der österreichische Staatsangehörige Glaser Schwarzkopf in Berlin, ein Familienvater mit neun Kindern, der seit dreizehn Jahren bei derselben Berliner Firma arbeitete, ausgewiesen worden. — Der Anschluß des Deutschen Handelsstandes hält in Berlin eine Sitzung ab. Nachdem das Präsidium des Handelsstandes sich wegen des Entwurfs eines belgischen Gesetzes, betreffend Erhebung der Werthzölle, an die Mitglieder gewendet hatte,

von der Handelskammer zu Hannover der Antrag eingegangen, dass man von Handelsstags wegen der Angelegenheit näher trete. Der Ausschuss beschloss, eine Eingabe an den Reichstag zu richten, in der die Schädigungen dargelegt werden, die durch das geplante belgische Gesetz dem deutschen Export drohen. - Wie aus Preßton gemeldet wird, hat die „Freie Vereinigung oberösterreichischer Betriebe und Fächer“, deren Existenz nach der Ansicht der Agrarier mit dem Urtheil des Oberverwaltungsgerichts im Falle der Karpatsch-Versammlung im Widerspruch stehen sollte, sich jetzt aufgelöst. Vorauftischlich werden die Versammlungen in Zukunft wieder wie früher in Sosnowice (Russland) stattfinden; ob zum Vortheil der Landwirthe, ist eine andere Frage. Zwischen der Regierung in Karlsruhe und der Stadtgemeinde Schwelm i. W. ist es zu einem Konflikt gekommen. Die Regierung hatte von der Stadt Schwelm die Weisung aufstellung von drei Meltern verlangt. Die Stadt Schwelm hatte dies abgelehnt mit dem Hinweis darauf, dass durch dem Schulstatut entgegen sei. Schließlich erkannte die Regierung über den Kopf bei Stadtverwaltung hinweg bei Meltern und ordnete deren zwangsläufige Statirung an. Die Stadt Schwelm weigerte sich aber unanerub, der Regierung nachzugeben, und hat jetzt das Oberverwaltungsgericht angerufen. Wegen Gotts-Lässterei verurtheilte das Karlsruher Landgericht den Zivaliden Fritz Weiß aus Düsseldorf zu 3 Monaten in Fagen Gefängniß. Er hatte in einer Wirthschaft beim Reichskoppen die Person Christi in nicht unähnlich zu bezeichnender grausamer Weise beschimpft und diese Beleidigung trotz der Entfernung der Paste wiederholst. Eine Abordnung der Karlsruher und Kölner Kunstanstalten besuchte die in ihren Betrieben Lithographie und Radierdruck über 3000 Arbeiter beschäftigen und besonders stark auch für den überseelischen Raafft arbeiten hat, die „Allem. Rtg.“ in München zu folge, dieser Tage in Kronberg geweilt, um Führung zu nehmen wegen Verlegung solcher dieser Betriebe in die bayerische Freihheit. Wengd zu die drohende neue bayrische Steuergeleßgebung, die den Ministranten die Konkurrenz auf dem Weltmarkte unmöglich machen würde. Die Abordnung hat in Kronburg, besonders auch bei der herzoglichen Regierung, das größte Entgegenkommen gefunden. Durch einen neuen Vertrag des Karlsruher Ministeriums wird sämtlichen Gerichtshofbedien die jüngste Entscheidung des obersten Gerichtshofes in der Sprachensage beim Hause des Reichenberger Kreisgerichts mitgetheilt und hinzugefügt, dass durch diese Entscheidung die in dem politischen Kampfe entstandene Angst über die Gültigkeit der Sprachenverordnung erlebt erscheine. Die böhmischa Statt hält er in Sicht, den im Jahre 1891 von den Stadtvorbrütern in Reichenberg gefassten Beschluss, dass die Gesetzvorlagen der Stadt Reichenberg nicht in deutscher Sprache abzufassen und die Eingaben nur in slawischer Sprache verfaßt anzunehmen seien. Die Stadtvorbrüder protestierten gegen diese Verfügung beim Ministerium. In Petersburg wird in Abrede gestellt, dass Musulmäb mit dem Emir Abdurrahman einen Bündnisvertrag abgeschlossen habe. Der Korrespondent des „Berl. Volks-Anz.“, der aus Petersburger offiziellen Quellen stammt, beweist, Musulmäb befiehlt zu Afghanistan nur die primitivsten Beziehungen, jedoch sogar ein Handelsvertrag nicht existire. Musulmäb habe auch nach Maßstab eines Monats gehandelt zum Abschluß eines Abnahmes; ebenso sei von dort niemand in Petersburg eingetroffen. Wen ist also offenbar bestrebt, englische Besorgnisse zu beruhigen. Doch in derartigen offiziellen Ausführungen kein über doch nur wenig Berth beigelegen. Derartige Auskünfte sind nichts als diplomatische Fries. Die gesamte Streitmacht Aserbaidschans beträgt sich, 2000 Mann stark, auf dem Blauen Nil dem englischen Konenboot „Metemmench“ ergeben. Aserbaidschan

## **Frankreich**

Zum Dreyfus-Drama ist zu registrieren, daß Esterhazy nun wirtschaftlich in Paris eingetroffen ist. Er war lange wiederzuerkennen. Er hat sich den Bart lang machen lassen und sah struppig aus. Journalisten suchten ihn zu interviewen, er wich aber aus und sagte, er könne nichts sagen, er wäre ja müde. Er fuhr in einer Droschke davon, gefolgt von Geheimagenten zu Fuß. Seine Vernehmung durch den Kassationshof kann also beginnen. Im Senat hat sich eine Kommission mit 7 gegen 4 Stimmen dafür ausgesprochen, daß die Schenkentscheidung des höchsten Gerichts durch alle drei Kammern in vereinigter Sitzung erfolge. Es wandertes Bugestand niß an die Beaux-Arts-Partei, denn schließlich ist doch nur die Kriminalkammer durch monatelange Untersuchungen informiert, und die beiden Zivilkammern — abgesehen davon, daß sie Kriminalachen gar nichts angehen — sind auf das Resultat jener Untersuchungen angewiesen, wenn sie nicht politische Willkür an die Stelle unparteiischer Rechtsprechung setzen wollen. — Dem „Echo de Paris“ zufolge beharrten die Sachverständigen des Kriegsgerichtes von 1894 bei dem letzten Verhöre vor der Kriminalkammer des Cassationshofs dabei, daß das Bordereau von Dreyfus herühre, während die Sachverständigen im Prozesse Esterhazy auf das Bestimmteste die Ansicht aufrechterhielten, daß das Bordereau nicht von Esterhazy herühre.

21 tenerife.

Gegen die Expansionspolitik der Vereinigten Staaten ist Karl Schurz im Hörsaal der Universität Chicago aufgetreten. Vor Allem warnte er vor der Falschheit Englands, daß diese Politik nur deshalb unterstütze, um Amerika in internationale Verwicklungen zu führen und es dann für Englands selbstsüchtige Zwecke auszunutzen. Auf den Kostenpunkt übergehend, rechnete Schurz seinen Zuhörern vor, daß allein durch die Erhöhung der Heeresstärke auf 100 000 Mann die Ausgaben von 23 Millionen Dollars auf 150 Millionen Dollars stiegen. Ferner kämen zu den 145 Millionen Pensionen noch vom Bürgerkriege her 20 Millionen neue Pensionen für die Invaliden des letzten Krieges. Dazu kämen aber noch ungezählte Millionen für neue Kriegsschiffe und sonstige Ausgaben, wie sie durch eine kriegerische Politik sich als notwendig herausstellen würden. Zum Schluß schlug der Redner vor, Kuba und Porto Rico zu unabhängigen Republiken zu machen und mit San Domingo und Haiti zu einem Antillen-Staatenbund zu vereinigen. Den Philippinen sollte Neutralität von den Mächten zugesichert werden. — Auch Bryan, der Gegenkandidat McKinley's bei der Präsidentenwahl, erklärte am Dienstag in Denver, die Vereinigten Staaten seien nicht in der Lage, sich auf Kolonialpolitik einzulassen. Der Imperialismus könne wohl zur Ausdehnung des Gebietes der Nation beitragen,

würde aber ihr eigentliches Ziel beschränken. Die Früchte des Imperialismus müchten, gleichviel, ob sie sauer oder süß seien, den Untertanen einer Monarchie überlassen werden.

新編卷之二十一

20 2011

**Achtung, Tabakarbeiter!** Wegen Lohnunterschieden ist der Bezug nach der Fabrik Mo se u. Schwei g h ö f f e r, gr. Petergrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Leberstraße 3. Die Streitkommission.

**Zur Bürgerschafts-Tagesordnung.** Am Montag wird u. A. über die Erweiterung des Schulhauses St. Michaeldorf verhandelt. Die finanzielle Seite haben wir bereits aus Anlaß der Bürgermeistereigung klargestellt. Wir wollen aber noch erwähnen, daß im vorigen Jahre sich die Anzahl der Schüler bereits auf 75, zeitweise sogar 77, belief. Wenn man nun bedenkt, daß die zur Schulgemeinde Michaeldorf gehörige Ortschaft Gersfeld-Bahnhofstation bei Hagenow Oldesloer Bahn geworden und daß in dem nahegelegenen Wute Groß-Wehden eine bedeutende Ziegelei errichtet ist, so liegt auf der Hand, daß eine rasche Steigerung der Schülertzahl in Aussicht steht. Das alte Gebäude ist beständigen Anforderungen nicht gewachsen. Deshalb dürfte bei einem Baute wenn nicht vielleicht die Gelegenheit wahrgenommen werden, anderen Schülern, z. B. Utecht, Schattinnern, Lust zu machen, eine zulässige oder zulässig sicher sein. Bereit vor einiger Zeit könnten wir zu unserer Überraschung darauf aufmerksam gemacht sich die förmliche Bescheinigung geltend macht, die Utechthaus Strafanstalt ein besser, als bisher, zu prüfen. Es sollen dann auch im Budget und Berichtsbericht St. Michael über Ausgaben nicht ange stellt werden. Eine Verteilung der Beuthaltung der Kasse darf man nicht, diese Hoffnung zwar nicht erwartet, die Berechnungen der geforderten Stellen nach prächtig bestimmt erwartet werden, bis das ja wenigstens etwas. Das bürgerliche Briefbeschafft macht den Stadtkasten manchen Arbeit. Am Montag haben unsere lieben Freiberufler Mutter für die Verarbeitung neuer Gründelbücher zu bemühen. Abgesehen von dem WRM bei der Sachaufsicht in solchen Fällen der Mutter vom Kindergarten das Kind gewöhnlich zu überlassen. Diese haben in der Wohnung gesprochen. Unsere Aufsicht in eigenen Wohnungen verhindert sie haben zu den Unterricht gebracht am Vormittag des neuen Montags beginnen bei der Grundschule habe ein Oberarbeitsbeamter Herr. Ein Lehrer soll natürlich mit einem prachtvollen Charakter tragen um einen tollen Abschluß zu erreichen.

lange benötigt werden, bis die Haftempfeile nach den vier Staaten ungenügenden Abgeltungsverhältnissen verhandelt werden. Die Kosten soll bestmöglich in Zukunft durch das Bützow-Witten-er-Bahnhof tragen. — Zwei neue Wasser-kanalrechnungen werden vorher gefordert. Höfentlich trägt die Verkürzung des Stiches der Hafenanlage dazu bei, der angeblich drohenden Erweiterung des Berlehrde im Lübeck'schen Hafen vorzubeugen. — Erdlich steht noch eine kleine Änderung bei Planvorstellung für die Landkreise zur Bereitstellung. Um den Gefahren zu begegnen, die erheblich in der Bebauung einger. sogenannter undlicher Schornsteine liegen bei Gebäuden mit weicher Bedachtnu., soll ein Vorchrist getroffen werden, die ein Weiterspien der Schornsteine ermöglicht, die für offene Heizanlagen dienen, u. s. w. — Ob unter den Mittheilungen des Senates, welche zu Beginn der Tagesordnung erfolgen, auch Ausklärungen über den Bahnhof, Holstenstrassenverbreiterung u. s. w. u. s. m. erfolgen, müssen wir abwarten. So sehr pressirt es ja gerade nicht bei einer so wichtigen Planvorstellung

Der Reichsverein hat nochmals beschlossen, die bei der Reichstagswahl gemachten Fehler durch kräftigeren Klußbau der Organisation wieder gut zu machen. Wer kennt es die Herren damit meinen, beweist der Umstand, daß die letzte Versammlung selbst nach Angabe des Antragsblattes „nur schwach“ besucht war. Es dürfte sich also vielleicht empfehlen, wieder das Beobachtungssystem einzuführen. Weiter wiederholen wir das schon oft Gesagte: Solange Reichsverein und Arbeitgeber-Verband, national-liberale Partei und großindustrielles Egoisten- und Despotentium Begriffe sind, so sich decken, so lange können unsere verehrten Gegner vom Reichsverein sich auf den Kopf stellen, es wird ihnen nichts gelingen. Und gerade in Südbad hat der mißlungene Rechtsauftakt kurz nach dem 16. Juni ja recht drastisch gezeigt, wie der Hase läuft. Hier hat die nationalliberale Partei aus-

**Schiffsverkehr im Hafen.** In der vorigen Woche  
sind ein 19 Schiffe ausgelaufen sind 29

Klappen zu! In der vorigen Woche sind hier sechs  
wärts **10** Kinder — vom Lande — eingeführt.

In den Vorstand der Tischler-Zwangskasse wurden gewählt die Herren Schwarz (Obermeister), M. Mühlke, Lampertin, Thiesen, Borby und Festerling. Ob Buchthäusler eine Unfallrente weiter beziehen können, ist fürzlich durch das Reichsversicherungsamt in einem speziellen Fall entschieden worden. Ein Arbeiter hatte einen Betriebsunfall erlitten und erhielt von der Bundesgenossenschaft eine Rente. Nicht lange danach verübte der Rentenempfänger ein schweres Verbrechen und erhielt dafür mehrere Jahre Buchthaus, welche er gegenwärtig verbüßt. Nunmehr stellte die Berufsgenossenschaft die Rentenzahlung an den Buchthäusler ein und nachte geltend, letzterer erhalte schon im Buchthaus völlig auskommende Verpflegung, eine Rentenzahlung außerdem sei eine Bränie für den Verbrecher, welche dem Geiste des Gesetzes widerspräche. Gegen diesen Bescheid legte der Buchthäusler Berufung bei dem Schiedsgericht ein und beantragte, die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung verurtheilen zu wollen. Das Schiedsgericht

lehrte jedoch die Verbindung auf unbegründet ab. Der Vetternde verhüllte sich aber bei dieser Entfernung nicht und ergab das Rechtmittel des Rekurses an das Reichsversicherungsamt. Das Reichsversicherungsamt brach dem Kläger die Rente wieder zu, da nach Lage der gegenwärtigen Kenntnis auch ehemaliger Verbrecher während Beobachtung seiner Strafe die Unfallrente nicht entzogen werden kann.

Wärmer als erlaubt war das Jahr 1898. So fiel die „Statist. Rötelg.“ sehr und zwar war es trotz des frühen Sommers im Westen um etwa  $\frac{1}{2}$  Grad, im Osten sogar bis zu 1 $\frac{1}{2}$  Grad zu warm. Die Witterungslage blieben in der zweiten Jahreshälfte zwar bedeutend hinter den normalen zurück, in der ersten aber stand sie so reizlich geladen, dass die Jahressumme in den meisten Landesteilen — fernerweise um 30 bis 40 v. H. — über dem Durchschnitt lag; nur an der Nordküste, in der westlichen Rheinprovinz, sowie im Spree- und Harzgebiet gab es Regenmangel. Das neue Jahr beginnt in dieser Beziehung durchaus in die Frühjahrsfeindschaft eingetaucht: traten zu wollen. Der erste verlässliche Wintermonat zeigte wenig winterlichen Charakter, denn die Temperatur blieb im Dezember 1898 unabsehbar über den normalen. Nur um die Weihnachtszeit und im Osten auch um den 15. wurde mäßige Kälte beobachtet; aber selbst an diesen Tagen blieb die Temperatur noch allenthalben über dem vierjährigen Durchschnitt mit Ausnahme bei sonst so besorgnissreichen Landesteilen, welche in diesen Tagen die kältesten Norddeutschlands waren. Wenigstens bei milden Temperaturen fielen Niederschläge fast nur in den genannten kälteren Perioden als Schnee, sonst aber als Regen, so dass allein ans Lippischen und den höheren Gebirgslagen eine längere andauernde Schneedecke und zwar nur von sehr geringer Höhe gemeldet wurde. Die höchste Temperatur wurde am 7. Dezember in Norden mit ca. 13,6 bis niedrigste am 22. auf der Fehmarnspitze mit -16,5 Grad C. beobachtet. In Berlin betrug die höchste Temperatur +11,3 Grad C. am 12., die niedrigste

**Ahrendboek.** So legt es auf einen Mat. Dienstag, den 24. d. JH. 11, Uhr, werden 100 Arbeitnehmer verloascht: Weibe Bildner: 6 Einkommen, auf 7,75 Km., 197 Mm. Bild- und Brennholz und 68 Zentner Tischfertigungsholz. Eichen, Ulmen usw. 34 Stangen zu 15 Fusslängen; 0,54 Km. Bentleffholz, 0,70 Km. Mooren-Rohholz, 10 Zentner Schlachtholz und Buchen-Holz, 142 Stangen Bruchholz. Eichen: 70 Stämme, auf 5,5 Km. 250 Fichtensäcke à 5 Km. Ruppert. Eichen: 50 Fichtensäcke. Buchen: 166 Km. Stämme und Knappelholz.

**Stübbelberg.** Die gegen die Leitung des Unterwasser-  
rohrs geprägt hierzu wurde der Rippenmuster  
auf dem 1. Bild dargestellt.

**Gedächtnis** ist ein. Am Mittwoch gegen Mitternacht brachte die Impfstationen und dem Schwesternchor fiebernd unter

Wiesmar. Es ist die heilige Wimmenkirche.

Wobauß er sich gewünscht, so in einem besichtigte, in Stelle ihres bisherigen Rathausz in der  
Platzstraße, einen Neubau zu errichten und hat in diesem  
Zwecke eine Einigkeit nach Zusammensetzung d. h. in das  
größtenteilsche Staatsministerium gesucht. Dasselbe hat  
mit der Einzelheit in Vergnugung, in Wahrheit folgende  
Besichtigung von sich ansehen:

Herrn Oberbaurher Leibinger und Hr. Hossen, Bismarck. Ge-  
stattet wird an Stelle des bisherigen Gebäudes auf dem neu-  
erworbenen Grundstücke in der Breitenstraße zu Wismar ein  
Gebäude für Abhaltung des durch Rekrikt vom 3. November  
1871 zugelassenen römisch-katholischen Gottesdienstes aufzuführen  
und zu benutzen; dagegen wird nicht gestattet die Errichtung  
einer römisch-katholischen Kirche oder Kapelle und die Anlage  
eines Thurmes und Geländes auf dem aufzuführenden Gebäude,  
auch darf dem Gebäude im Angesen ein lichenähnliches Aus-  
sehen nicht gegeben werden. Das Nährere enthalten die Ver-  
fügungen an den Magistrat zu Wismar und an die hiesige  
römisch-katholische Geistlichkeit. Schwerin, 6. Januar 1899.  
Ministerium für geistliche Angelegenheiten v. Arnsberg

Etwas derartiges, schreibt sogar die „Höhn. Btg.“, ist  
heute wohl nur noch in Reckendorf und in  
Spremberg möglich!

Etiereduaal

Alle diese Arbeit übernimmt die Redaktion beim Publikum gegen  
über (innerer Berantwortung).

Ergonomics

Die Lage der Arbeiter des Stadttheaters.  
Seit einiger Zeit herrscht starke Erbitterung der Arbeiter des Stadttheaters gegen ihren Director. Die Arbeiter, die Sonn- und Feiertags vom frühen Morgen bis späten Abend, manchmal bei Todesgefahr, die schwierigsten Arbeiten vollbringen, beziehen trotzdem nur den geringen Tagelohn von 2,20 Mark. Um den riesigen Ansforderungen während der Vorstellung bei ungenügendem Material zu entsprechen, wurden zu Anfang dieser Saison einige Abendarbeiter aufgenommen, die um die Vappalie von 70 Pfsg. für den ganzen Abend den Tagearbeitern zur Erleichterung beige stellt wurden. Dass selbst diese, bei einer einigermaßen grösseren Vorstellung keinen leichten Stand haben, ist selbstverständlich. Und dass bei der jetzigen Verwaltung des Theaters die Arbeiter für den schlechten Geschäftsgang und das oftmals leere Haus nicht verantwortlich gemacht werden können, wird jedermann einsehen. Es ist aber auf keinen Fall ein Grund, den ohnehin geringen Arbeitslohn der Abendarbeiter zu reduzieren, die doch ihrer Pflicht und Schuldigkeit jederzeit nachgekommen sind. Kein und gut, der Herr Director ließ eines Abends den Arbeitern statt der üblichen 70 nur 60 Pf. ausbezahlen, ohne Motivierung, warum und weshalb. Wahrscheinlich glaubte er, bei den Arbeitern den Anfang zum Spaten machen zu können. Hierin hatte er sich aber geirrt. Wenn Herr M. Heinrich glaubt, er sei noch in einer russischen Provinzialstadt, wo er seine Arbeiter nach Willkür behandeln kann, so irrt er sich ganz gewaltig. Norddeutsche sind Norddeutsche und keine Russen. Das sollte der Herr Director nicht außer Acht lassen. Als am nächsten Tag die Abendarbeiter während der Vorstellung — man gab „Carmen“ — Herrn Heinrich fragten, weshalb man ihnen 10 Pf. abgezogen habe, antwortete er katz: „Ich kann Ihnen nicht mehr geben, es ist genügend für Sie und wenn es Ihnen nicht recht ist, so suchen Sie anderweitig besser bezahlte Beschäftigung.“ Nach einer solchen Antwort fand er es gar nicht mehr würdig, die Arbeiter noch länger anzuhören, wendete ihnen den Rücken und ging fort. Die Arbeiter aber beschlossen, nie wieder eine Hand anzulegen und verließen sofort die Bühne, den Tagearbeitern die Arbeit überlassend, die mit grösster Mühe und Noth das schwierige Ausstattungsstück „Carmen“ zu Ende führten. Director Heinrich, einschend, dass auf diese Weise nichts auszurichten sei, nahm andere Abendarbeiter zum früheren Kochne wieder auf und kündigte nach einigen Tagen ohne vorherigen Anlass dem Theatertischler Wilhelm Matthias den Posten. Dieser, ein rechtschaffener, nüchterner Mann, Familienvater, war riesig erstaunt, als ihm der Sekretär

die Mittheilung von seiner Kündigung überbrachte. Als nun die Arbeiter Erfüllungen über den Grund der Entlassung erhielten, wurde ihnen eine so wenig stichhaltige Antwort zu Thell, daß sie sofort beschlossen, um etwaigen späteren ähnlichen Vorfällen auszuweichen, ihre Stellen, falls Herr Heinrich die Kündigung des Mathias nicht zurücknehmen würde, zu kündigen. Nachdem aber die Kündigung nicht zurückgenommen wurde, verständigten sie Herrn Direktor Heinrich von der Kündigung, bis am 20. d. M. abzuschieben. Gestohlen sei noch, daß der Theatermeister Carl Pöls, obwohl selbst Komiteevater, unter solchen Umständen mit den Arbeitern vorsichtig vorgehen bestellt und um seine Entlassung gebeten hatte. Wohl ist es schwer für sie, jetzt in der schlechten Zeit eine feste Anstellung zu verlieren, da die meisten Verhältnisse sind und ihre Familie zu ernähren haben, doch das Gewissheit, von fortwährender Unterstützung bestellt zu sein, und nicht mehr die verschiedenen aufsehenden Bemerkungen und Vorgetragen einzelner Mitglieder des Theaters auf einer Arbeit, die jene weiter gar nichts angeht, für die sie überhaupt kein Verständnis haben, nicht mehr üben zu müssen, erleichtert ihnen das Secheiden von ihrer Arbeitsstätte, außer sie zum Theil 15—20 Jahre thätig waren. Herr Heinrich mag es versuchen, mit leichten Arbeitskräften dasselbe zu leisten, was er mit langbewährten Kräften getestet hat. Herr Direktor Heinrich sollte sehr vielmehr ein Beispiel an Herrn Direktor Erdmann annehmen, der seine Mitarbeiter entschieden besser bezahlt. Herr Heinrich sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß sein jetziges Verhalten durchaus nicht geeignet ist, ihm die Sympathien der Volksdeutsche zu erwerben. Doch vielleicht ist es ihm ja angemahnt, unter dem Gepräge „Vaterland“ den Theatervorstand aufzuschieben.

(2. P.)

gibt den Inhalt der Briefe über, an welchen die Redaktion dem Publikum gegenüber nachsichtige Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einläufen sich auf unser Blatt zu bezeichnen.

Gestern entschließt man nach kurzem schweren Leiden im 72. Lebensjahr unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

**Sophie Meyer**

geb. Baars.

Tief betrübt von allen Angehörigen.

Dieses zeigen an im Namen der Familie  
**H. Beckmann u. Frau,**  
Maria, geb. Meier.

Lübeck, den 19. Januar 1899.

Die Beerdigung findet am Montag den 23. Januar, Vormittags 11½ Uhr, von der Kirchhofskapelle aus statt. Beginn der Feier 11¼ Uhr.

Den Arbeitern der **St. Pauli** Schiffs-Werft für die freundl. Unterstützung sage meinen besten Dank.

**E. Müller.**

**Freundl. Logis Ludwigstraße 37a.**

**Logis für einen Mann** St. Altes. 6.

**2 schön möbl. Zimmer** zu vermieten. Vermietungs-  
Gebühr 300 Mark pro Monat.

**Kräf. Läufersche für den ganzen Zug**  
gezahlt. Kostenbringer 100.

**Gesucht zu Ostern ein Lehrling**  
für meine Bäckerei.

**W. Wilken**, Engelswisch 21.

**Gesucht zum 1. April ein leeres Zimmer**  
mit oder ohne Küche für ein junges Mädchen.

**O. mit Preisang. u. A K** an die Exp. d. St.  
Mache hierdurch bekannt, daß sich mein Barber-  
und Friseur-Geschäft jetzt auf diese erste  
Thür rechts befindet.

**F. Wilh. Lichtenstein**, Burgstraße 11.

**Feinste Meierei-Butter**, stets frisch,  
empfiehlt **Frommhagen**, Mühlenstraße 81

**Margarine**  
Pfd. 45, 50, 55 und 60 Pf.

Marke Bitello Pfd. 70 Pf.

**Carboneade**  
geräucherte Pfd. 60 Pf.  
gefäßene Pfd. 50 Pf.

**Vor derschinken** Pfd. 50 Pf.

**Friedrich Meyer**, Gr. Burgstr. 33.

**Feinste Meiereibutter** 1.15 Mt.

**Feinste Bauernbutter** 1 Mt.

**Große Gier** Stück 6 Pf.

**Ger. Landmettwurst** 1 und 1.20 Mt.

**Herr. fetten durchw. Speck** Pfd. 80 Pf.

**Feinste Margarine m. Gratisbeigaben**

sowie sämtliche Colonialwaaren  
zu den billigsten Preisen

empfiehlt

**J. C. W. Blöss**  
Kupferschmiedestraße 7.

**Französische Eßkartoffeln**  
und **Magnuna bonum**

empfiehlt

**Johns. Freibn.** Krähenstraße 32.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rauch.

Berleger: Theob. Schwartz. — Druck von Fr. & Dr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

## Lübecker Stadttheater.

Mittwoch Abend führte das Stadttheater das von L. Haughofer nach einem Breinerschen Roman bearbeitete Schauspiel „Die Hochzeit von Balen“ auf. Das Stück ist in Lübeck nicht unbekannt. Auf der Tivolißbühne ist es unter der Direktion Möller mehrfach gegeben worden und auch unter der früheren Direktion des Stadttheaters soll es über die Bühne gewandelt sein. Es verleiht sich nicht, über desselbe ein Wort zu verlieren, weil es an den Gesetzen der dramatischen niedrigster Sorte gehört und kostet an die Kolportageträume erinnert. Die „Hochzeit von Balen“ ist lediglich ein gut und fast wie ein Modell zum Demonstrieren geschriebenes Stück. Deshalb ist es auch wohl nur von Zeit. Alma Menier in ihr Gastspielrevue aufgenommen worden. Es gibt der Künstlerin reichliche Gelegenheit, zu brillieren und zu zeigen, daß sie in alle Geheimnisse des Schauspiels ein geweiht ist. Es ist Schade, daß sonst gute und gebunde Kraft an einem Stück unzureichend werden kann. Doch haben wir damit nicht weiter zu rechnen, weil wir uns nur mit dem Gebotenen abfinden haben. Und da müssen wir denn aufrechtig befehlen, daß wir in Zeit. Alma Menier eine Künstlerin von großer Gestaltungskraft kennen lernen. Das ehemalige Zigeunermaedchen Sonda, das sich nach den sonnigen Höhen des Lebens sehnt, dessen Sehnen auch in Erfüllung geht, um dann aber sinnvoll die Feste zu machen, verstand die Künstlerin in überzeugender Natürlichkeit darzutun. Und das ist in die höchste Eleganz der Schauspielflair. Hoffentlich fehlt die Künstlerin bei uns dann wieder einmal ein, um uns dann aber mit anderen Gaben zu er-

freuen. Von den übrigen noch austrtretenden Personen erwähnen wir besonders Herrn Zaloby, der den Donal Fortunat in Spiel und Maske gut herausbrachte; Del. Werua, die es meisterhaft verstand, die Stille Mädchenklopfen bis zur Entfaltung zu bringen; Herrn N. b., der sich mit dem lustigen, liebenswerten Claus anwalt Tschiffu vorzüglich abhand, und Herrn Brügelich, der den alten Zigeuner Barbu mit rührender Zunichtigkeit gab. Die Uebrigen suchten mit mehr oder weniger gutem Erfolg ihren Rollen gerecht zu werden. Die Regie (Herr Dr. Oberländer) antretet mir doch wenig ansprechend hätte, hatte im vierten Akt, der im Schwungrichtung spielt, anscheinend den Überblick über das Ganze verloren. Die Wirkung des letzten Aktes war denn auch gänzlich verfehlt. Es gab turbulenten Scenen genug, mir fehlte ihnen die Einheitlichkeit. Das Theater war so gut besetzt, daß man die einzelnen Theaterbeamten mit der Zittern fügen könnte.

**Stadttheater.** Als neinte große Doppelvorstellung zu einfachen Preisen gelangt am Sonntag den 21. d. M. Mozart's reizende komische Oper „Die Hochzeit des Figaro“ und der mit so großem Beifall aufgenommene ursprüngliche Schauspiel „Der Kampf der Sabinerinnen“ von A. und B. von Schönbach am Ausführung. Die Aufführung beginnt um 6½ Uhr Nachmittags. 7½ Uhr findet eine nochmalige Wiederholung des Weihnachtsstückes „Sneewittchen“ und die 7 Zwergen zu ganz bevorzugten ermäßigten Preisen statt und zwar: 1. Klasse zu 1. Tarant 1 Mt., 2. Klasse und Parquet 75 Pf., Parterre 75 Pf., 3. Klasse und Gallerie 25 Pf.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.**  
(Carnevalsoffene Weltweise.)

**Vortrag d. Dr. Klara Muche**

Vortrater des Sanatoriums Stolzenberg bei Soltauferode, am Sonnabend den 21. Januar Abends 8½ Uhr, im Concerthaus Günthersen. Thema: „Weleben Einfluss haben Sonne und Luft auf Kranken?“

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 50 Pf. in der Buchhandlung des Herrn G. Weiland, Königstraße 72, an der Abendstafte zu 75 Pf. zu haben. Vereinsmitglieder und deren Angehörige — S. 3a der Satzungen haben freien Eintritt.

## Vereinshaus

Sonnabend den 21. Januar:

**Aufführung von Bock-Bier** aus der Brauerei Paulshöhe.

Bon 9 Uhr an:

**Musik-Unterhaltung** Sonntag: Musik-Unterhaltung

**Friedrich-Franz-Halle**

Großes humoristisches

**Bockbier- und Kappensfest** am Sonntag den 22. Januar 1899

Eintritt frei.

Hierzu lädt freundlich ein L. Lübeck

Quartett-Verein „Amicitia“

Sonntag den 22. Januar:

**Gesellschafts-Abend** im Concordia-Garten.

Aufgang 7 Uhr. Einführung gestattet.

NB. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet. Die sozialen Mitglieder werden zu dem am Sonnabend den 21. Januar im Colosseum stattfindenden

Gänger-Commers eingeladen.

N.B. Vereinszeichen ist anzulegen.

**Stadttheater in Lübeck**

Sonnabend den 21. Januar.

Abschieds-Concours für Herrn Emil

**Fiesco**,

die Verschwörung zu Genua.

Ein republikanisches Trauerpiel in 5 Akten

von Fr. v. Schiller.

Sonntag den 22. Januar, Nachm. 3½ Uhr.

Bort. zu bedeckend ermäß. Preisen.

**Sneewittchen und die 7 Zwerge**

Abends 6½ Uhr. Gr. Doppel-Bort.

**Die Hochzeit des Figaro**

Komische Oper in 4 Akten von W. A. Mo-

Herauf:

**Der Kampf der Sabinerinnen**

Schwarz in 4 Aufzügen von J. u. P. v. Schön-

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rauch.

Berleger: Theob. Schwartz. — Druck von Fr. & Dr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 18.

Sonnabend, den 21. Januar 1899.

6. Jahrgang.

## Das Magdeburger Urtheil.

Das Magdeburger Urtheil gibt der „Lipp. Botz.“ Anlaß zu folgenden Ausführungen, denen wir in jeder Hinsicht beipflichten:

In Magdeburg wurde, wie unsere Leser wissen, der verantwortliche Rebsalter der „Volksstimme“, Genosse Müller, wegen Staatsfeindseligung zu der in Preußen vielleicht unzurecht bestehenden Strafe von vier Jahren Gefängnis verurtheilt — 4 Jahre, ein Strafmaß, wie es selbst in den Attentatjahren 1878 und in den schlimmsten Zeiten des Sozialismus noch nur selten überschritten worden ist — ein Strafmaß, das nahe an das Maximum heranreicht.

Es ist begreiflich, daß das Urtheil nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in der bürgerlichen Presse Aufsehen erregt und als ein bedeutsames Zeichen unserer politischen Zustände gewürdigt worden ist.

Wir leben in einer Zeit der schwärzesten Maßnahmen, der ärgsten politischen Verfolgungen. Die Deutlichkeit der Staatsfeindseligungsprozeß und die Höhe des Urtheils in solchen Prozessen sind Sturm- und Wetterzeichen des neuesten Krieges.

Den Magdeburger Richtern, die das beständige Urtheil füllten, kann und soll mit einer Münze ihres Urtheils sein Vorwurf gemacht werden. Sie haben gewiß aus innerer Überzeugung heraus gerichtet. Will man zu einer rechten Würdigung des Urtheils und des Strafmaßes gelangen, so muß man einen Blick wenden auf die politischen und wirtschaftlichen Zustände Magdeburgs. Magdeburg ist der Vorort der Großindustrie, Brennpunkt des Zuckergewerbes und des Zuckerhandels, der Alkohol, der zu einem Trust organisierten Stoffweiterverarbeitung: um Magdeburg legert sich die reichste, technisch vorgeschrittenste, kapitalistisch gefestigte große Landwirtschaft der Provinz Sachsen, die Güter erzeugt und verarbeitet.

Mit einem Worte, Magdeburg ist der Stammsitz eines Großkapitalismus, der durch seine rücksichtlose Art, die breite Volksmasse zu tyrannisieren und zu explozieren (ausbeuten), weit hin berufen ist. Auf das schroffste sind die politischen Gegenseite wie die gesellschaftlichen zugespielt, und der politische Kampf wird, ohne daß Quaetzer gegeben wird, geführt.

Man denke nur an den Verlauf der Arbeiterbewegung im vorigen Jahre, an den unerhörten Terrorismus, den die Unternehmer in diesem Industriezweige durch ihre Abschüttungen auf die Arbeiter ausübten.

Und in diesem Kampfe mit den Arbeitern steht neben dem rücksichtslosen Unternehmerthum die Polizei. Nirgends hat die Bewegung der Arbeiter solchen Verfolgungen durch die Polizei stand zu halten wie in Magdeburg. Die Polizei führte hier den Kampf wie gegen die politischen, so auch gegen die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter. Kein Tag, an dem nicht irgend eine ungeheure Mafnahmen der Polizei gegen die Arbeiter zu verzeichnen war.

Was wunder, wenn die Richter in einer solchen Umgebung, in diesem Milieu zu den schärfsten Urtheilen gegen unsere Parteigenossen gelangen?

Auch das Urtheil gegen Müller ist mit aus diesem Gesichtspunkte zu erklären. Gewiß ist auch auf die der

Anklage zu Grunde liegende materielle Seite Gewicht zu legen, aber sie allein kann die Höhe des Urtheils gegen Müller nicht erklären. Da der Verfolgung unserer Partei in Magdeburg liegt System, und den Ausschluß dieses Systems bislang auch die so oft schon von der öffentlichen Meinung scharf glossierten Verdikt der Magdeburger Richter gegen Sozialdemokraten, namentlich gegen die Vertreter der Presse und die Gewerkschaftsleiter.

So wie war der infame Urteil, dessen vorzeitige Entschiedenheit und unzurechnbare Weitläufigkeit Müller erfuhr, eine plötzliche Beschämunglosigkeit, die nicht hätte passieren können. Aber so gar schlimm liegt ihr Schade darin hoch nicht, daß das verhüllende Vergehen nun mit einer so hohen Strafe geahndet werden konnte. Der Richter erzählte in Gestalt einer Fabel, die in Magdeburg spielt, eine Ironieprinzessin, die niemals weißt, sondern gerade an den Schmalzstücken und in den Klatsch, der Bourgeoisie schon vor Jahren von anderen fröhlichen Ratten und Söhnen gerannt und getuschelt worden ist: ein blöder Witz, eine Alberheit.

Das Urteil unterstreicht noch die Prinzipien, durch das Kleidergericht, das namentlich die Freiheit der Theaterkritik zu prüfen haben wird. Müller hat vor dem Urteil noch gewusst, daß er am jenen Tag mit der Abstimmung zu losen war, geschah, und er also höchstens noch eine Freiheit hinzugezogen werden könnte. Das Urteil aber hat nichts dergleichen tun können. Gegenüber seinem Mannen behauptet er, daß er nicht verurtheilt. Es steht behauptet zu erwarten, daß das Reichsgericht das Urteil aufheben wird.

Zwischen hat aber den eigentlich richterlichen Fehler, ob diese Mafnahmen vorbereitet waren oder nicht, sich der Staatsanwalt nicht als den Thäter erkannt und auf seine Immunität als Staatsanwälte verzichtet, und der Staatsanwalt nicht noch vor der Verhandlung, am 28. d. M. antwort, Obigkeit zur Einleitung des Strafverfahrens gegen ihn zu geben. Was wird nun die Staatsanwältin thun, nach sie zu lassen? Wir werden sehen!

Jedenfalls ist die Haltung unserer Bewußten Schmidt nur angemessen, der nicht will, daß ein Unschuldiger für einen Tod, von dem er keine Kenntnis gehabt hat, schmerzliche Strafe erleidet. Genosse Schmidt hat in einer öffentlichen Volksversammlung unter ungemeinem Jubel und tiefer Erregung seine manchmal Todesurteil gegeben und ausgeführt; er wolle nicht, daß ein junger Mann den Glauben an andere Partei verlieren! Mag nun die Berechtigten ihren Lauf nehmen!

Für uns sind die Zustände in Magdeburg synoptische Zeichen der Zeit, die zu deuten unsere Gegner sich angelegen sein lassen sollten. Wie die Geschichte im Allgemeinen gezeigt hat, daß eine in den Verhältnissen begründete Bewegung nicht durch Verfolgungen unterdrückt werden kann, so zeigten die Magdeburger Verfolgungen mit dem Fall Müller als vorläufigem Schlussstein im besonderen, daß Druck nur Gegendruck erzeugt, die Position unserer Gegner schwächt und die unserer Partei stärkt. Das hat namentlich die bereits erwähnte Versammlung bewiesen, die von froher Zuversicht und von Kampfesfreudigkeit erfüllt war und mit dem Gefühl zu unentwegtem festem Zusammenhalten aneinanderging.

Mögen es sich unsere Widersacher gesagt sein lassen: wie immer sich der Kampf gegen unsere Partei, die Partei des politischen und wirtschaftlichen Fortschritts und

die Trägerin einer höheren Kultur, -- wie immer sich der Kampf gegen unsere Partei gestalten möge, man wird uns gewappnet stehn. Eins wird uns doch der Sieg zufallen.

## Rechteles und Partei-Zeichen.

Ein Scherrandstand ist nach der „Voss. Blz.“ in dem Betriebe des „Berlin. Volks-Anzeigers“ unterbrochen. Am Dienstag wurden 49 Sezett von der Geschäftsführung des „Volks-Anzeigers“ entlassen, weil sie entgegen dem Willen der Geschäftsführung dem Betrieb und der Bevölkerung bestanden und Widerstände in einer Formulierung der Sprache brachten. Daraufhin erklärten sich 49 Sezett mit den Einführungssatz und stellten die Arbeit ein.

Metallarbeiterkonferenz. Am 15. Januar fanden sichen Konferenzen von Metallarbeiterverbänden bez. D. M. V. statt, auf denen unter Anderem über die Einflüsse der Arbeiterschaft auf die Unternehmungen berathen wurde. Hier die Ergebnisse enthalten sich:

zu Abstimmung in 2 Stimmen mit 31 gegen 5 abstimmen
1. Abstimmung 26 : 15
2. Abstimmung 13 : 10
3. Abstimmung 17 : 3
4. Abstimmung 14 : 13

5. Abstimmung die Ergebnisse bestanden:

6. Abstimmung in 2 Stimmen mit 31 gegen 14 abstimmen

Wiederholung. Die Arbeiter der städtischen Gewerke gaben die Arbeit etc., Gewerkschaften lebten jetzt die Arbeit wieder.

## Der Krieg gegen Zwickau.

kleine Geschichte. Der Kriminalkommissar a. D. Augustin hat auf Anhören seines Nachbarn mehrere Tage, daß er auf das Mittel der Revolver verziehen und seine Täte aufzutreten will. Nach der Untersuchung einer Polizei-Korrespondenz ist gegen einen Berliner Polizisten eine Haftmeisterin wegen fortgesetzter Fahrgeld-Diktatur durch die der Straßenbeamte selbst habe gefangen, eine Unterordnung eingetragen worden. Als Mörder des bei Gottschalk ermordeten Arbeiters wurde der Arbeiter Bauer gen. Wunderlich ermittelt. Dieser hat die Toten bereits eingestanden. Freiwilliger Hungertod. In Nienburg ist bei Gottschalk wohnhaft eine Schwester auf dem Altertum, die seit Jahr v. J. die Wohnung nicht verlassen haben, weil sie kranken, man wolle sie visitieren. Als nun vor einigen Tagen der Schornsteinfeger in's Haus wollte, wurde ihm der Eintritt verweigert. Auf Veranlassung des Gemeindevorstehers wurde ein Nachbauer von außen gestoßen und so starben einige Leute in das Haus ein. Man fand die beiden Schwestern im Bett liegen, zwei Elekt abgemagert, aber noch lebend; die durchgezackten Speisen wiesen sie zurück; erst als der Gemeindevorsteher drohte, er wolle sie nach Schleswig bringen lassen, nahmen sie Speise und Trank. Die eine Schwester hatte bereits die Sprache verloren, sie verstarb schon nach kurzer Zeit; der Zustand der zweiten Schwester ist fast hoffnungslos. Auf der Papierfabrik Westerbach bei Herford kam eine jüngstliche Fabrikarbeiterin der Transmigration zu nahe. Sie wurde von derselben an den Leibern erfaßt und mehrere Male herumgeschleift. Gräßlich verstimmt mußte die Leiche aus den Rädern entfernt werden. — Schnell gegen Schuleute. Eine Gefangenstrafe von neuen Monaten verhängte die Strafkammer in Düsseldorf über den ehemaligen Polizei-Offiziergenossen Andreas Müller wegen Vergehens gegen § 176, 3 des Strafgesetzbuches. — Ein weiterwürdiges „Gefangen“ scheint dasselbe in Essen zu sein. Dort sind kurz hintereinander nicht weniger als sechs Gefangene ausgebrochen. Einer von den sechs wurde wieder verhaftet. Er erklärte, er sei nur „ausgegangen“, um einen Schnaps zu trinken. — Ein kurzer Erdstoß wurde Mittwoch nach 4 Uhr in Elm verprüft. — Die Ermordung eines Soldaten wird aus May gemeldet. Der Oberstaatsanwalt geht

„Wir müssen gehen, Asta“, redete sie ihre Tochter an. „Wo ist denn Trudi?“

„Das Fräulein bekam leider Nasenbluten“, rief Rudolf in unnatürlich lantem Tone.

Die Exzellenz blickte voll Erstaunen und Angst von ihm auf Asta, doch fasste sie sich rasch und brachte einige Entschuldigungen wegen ihrer langen Abwesenheit vor.

„O, bitte sehr, Frau Baronin,“ versetzte Rudolf ironisch, „Miss Asta und ich haben uns sehr gut unterhalten.“

„Vielleicht haben wir auch das Vergnügen, Sie bald einmal in unserer bescheidenen Häuslichkeit zu sehen, Herr von Eckardt?“

„Ich bedaure sehr, aber ich glaube . . .“

In diesem Augenblick stürmte Trudi durch die andere Thür herein: „So, es ist alles wieder gut!“ rief sie lustig. „Ich habe mein zartes Geruchssorgan unter die Wasserleitung gehalten und Lautenschläger hat mir dabei die Geschichte von Cassidens letzten Stunden noch einmal erzählt. Es war furchtbar rührend.“

Niemand vermochte zu lachen, so daß Trudi mit langem Gesicht im Kreise umhüllt. Das kluge Mädchen hatte sofort die Sachlage richtig erfaßt und summte ihre frohe Laune gleich den übrigen zu höflicher Stille herab, als man Abschied nahm.

Rudolf erklärte, daß er bald wieder heimkehren müsse. Man bedauerte ungemein, verbeugte sich förmlich gegeneinander, und dann geleitete der Major die Damen hinaus.

Als er zurückkehrte, stand Rudolf am Tische und stürzte eben das dritte Glas Rotwein hinunter.

„Nichts?“ fragte der alte Witz.

„Nichts!“ gab Rudolf zurück und goß sich zum viertenmal das Glas voll.

„Was Teufel! Kann Sie etwa das Mädel nicht ausstehen?“

„O doch! Miss Asta fühlte sich hochgeehrt! Aber da mir noch einige Cents an der Million fehlen —“

„Ah, daß Dich! Das ist ja ganz unmöglich.“

## Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Und dann holte sie, tief Atem und fuhr fort, während ihre Hände noch ineinander ruhten: „Ihr Antrag ehrt mich — nein: er macht mich froh und stolz, Herr von Eckardt; denn von einem Manne mit Ihrem klaren Blick, Ihrem warmen Herzen so geschätzt zu werden, muß ein Mädchen stolz machen. Aber Sie überschätzen mich auch; ich würde Ihnen nicht das sein können, was Sie von einer Frau erwarten. Ich kann auch nicht leichtsinnig sein — in dem Punkte sind wir uns ähnlich. Ich kenne mich zu gut; ich weiß, daß früher oder später ein Tag kommen würde, an dem Sie erkennen müßten, daß Sie eine falsche Wahl getroffen haben. Die Stellung, welche die Frau in Amerika eingenommen, ist mir bisher als ein Ideal erschienen. Und Sie wollen gerade eine deutsche Frau haben, mit all der Selbstverleugnung, der Aufbruchslösigkeit, der beglückten Hingabe, welche man uns nachsagt — und eine solche bin ich gar nicht! Man hat mich leider zu einer Dame der großen Welt erzogen, ich möchte sagen: international verbildet. Meinen Platz in dieser Welt, in der vornehmen Gesellschaft, der ich ja auch mit allen ehrbaren Gefühlen angehöre, werde ich nun zwar nicht mehr einnehmen können, da ich arm bin, wie Sie wissen. Das muß ich als meine Strafe hinnehmen. Aber Sie, der Sie es so ehrlich mit mir meinen, Sie dürfen nicht darunter leiden. Meine Zukunft wird sich vielleicht traurig über gestalten, aber ich will nicht davor ins Ihre Arme stecken, mit dem Bewußtsein, daß meine Gegenwart Ihre Kraft nur lähmten würde, die Sie doch zum Kampfe mit dem Leben so nötig haben.“

Rudolf hatte seine Hände längst aus den ihren gezogen. Mit heftig arbeitender Brust stand er vor ihr und sagte: „Und Sie würden Ihre ver . . . Ihre vornehm-

Gefühleungen nie aufgeben können, nie Republikanerin werden und . . .“

„Ich glaube nicht daran, daß fertige Menschen sich so ändern können, und ich war schon frühe ein fertiger Mensch“, erwiderte Asta abgewandten Blickes. „Nur eins wirkt vielleicht manchmal ein solches Wunder: — eine große Leidenschaft.“

„Und die fühlen Sie natürlich nicht für mich!“

„Nein, Herr von Eckardt. Ich habe Sie durch unsre kurze Bekanntschaft schon schätzen gelernt, wie keinen Mann vorher — außer unsern lieben Major vielleicht — aber eine heiße Leidenschaft muß doch etwas ganz andres sein.“

„Diese heiße Leidenschaft können Sie mir für einen Ihrer schönen Grafen oder Garde-Offiziere empfinden — nicht wahr?“

„Sie würde wenig nach Rang und Stand fragen. Aber ohne solche Leidenschaft könnte ich allerdings nur einem Manne angehören, der an Bildung und Stand mir ebenbürtig wäre, und dessen Reichtum die enge Vertraulichkeit, welche beschränkte Mittel fordern, aufheben könnte.“

„Das kann ich nicht verstehen, mein — gnädiges Fräulein!“

„Nun, wenn sehr reiche Leute merken, daß ihre Ehe keine wirklich glückliche werden kann, dann erlauben ihnen eben ihre Mittel Schranken, Entfernungen zwischen sich zu legen, die jeden Zusammenstoß unmöglich machen, und bei denen sich das sogenannte Dekorum vor der Welt bewahren läßt.“

Rudolf machte ein fast entsetztes Gesicht. Dann lachte er bitter auf und fragte spöttisch: „Ah! Wieviel müßte ich denn nach Ihrer Rechnung werth sein, wenn ich von Ihnen ohne Leidenschaft geheirathet sein wollte?“

„Sie wollen mich mißverstehen, lieber Freund. Es ist gut, daß wir unterbrachen werden.“

Die Thür des Nebenzimmers öffnete sich und Frau von Lersen, die Spuren eben erst vergossener Thränen noch in den Augen, trat vom Major gefolgt, wieder ein.

Müller vom Rheinischen Füchsigkeits-Regiment Nr. 8 wurde Montag Abend am Deutschen Thor von drei Strolchen überfallen und darauf gemitschhandelt, daß er Dienstag fest gestorben ist. Die Angreifer sind verhaftet worden. — Von der Strafkammer in Wetzlar wurde ein seiner Zeit wegen schweren Diebstahls zu zwei Jahren Haft verurteilt, der bereits ein Jahr seiner Haft verbracht hat, im Wiederantragsverfahren freigesprochen. — Ein Mutterbauer. Die Strafkammer in Mühlhausen i. Thür. verurteilte den 33-jährigen Gemischaushändler Egel von Wettelsheim wegen unmenschlicher Misshandlungen seiner Kinder und Drohungen mit Todesstrafe wider seine Frau zu einer Gefangenheitsstrafe von drei Jahren. Egel bewies sich nicht im mindesten um die Ernährung seiner Familie und ließ seine Frau ganz allein für ihre sieben Kinder sorgen. Die Art, wie er mit diesen umging, war geradezu grauenhaft. Seinen ältesten, 10-jährigen Sohn, der etwas trüppig ist, hatte er einmal an den Füßen ergreifen, ihn im Bogen durch die Lust geschwungen und mit dem Kopfe gegen den Fußboden geschlagen. Das wie leblos und ganz mit Blut bedekt am Boden liegende Kind wurde dann noch mit Tritzhaken behandelt. — Die Nachricht von einem Duell, welches zwischen dem Grafen Potoczi und seinem Oberförster stattgefunden haben soll, wird jetzt offiziell für ungut erklart. — Ihren schlafenden Mann aufzubergen die Gutsbesitzerin Matlowka in Bobrodecanow (Wallonien) mit Petroleum und handte dasselbe an, wodurch der Mann verbrannte. Die Wiederin wurde verhaftet. — In Budapest hat sich ein Einsichtiger Freiwilliger im Pionier-Infanterie-Regiment Nr. 1 eine Kugel in's Herz geschossen. Er starb auf der Stelle. In einem hinterlassenen Briefe bezeichnet er ein amerikanisches Duell als Motiv der That. — Bierlinge. Maria Caccetti, die 28-jährige Frau des Landwirths Pietro Caccetti aus Fossombrone, wurde in Bologna am 8. d. Ms. von vier unbekannten Leuten entbunden. Die Wöchnerin und die Kinder befanden sich wohl. Zu beweisen ist der glückliche Vater: nach zwanzigjähriger Ehe hat er schon fünf gesunde Söhnlinge um sich. — Die Universität Palermo ist zweitweise geschlossen worden, weil die Studenten, welche die Abberaumung eines außerordentlichen Termins zur Abhaltung von Prüfungen forderten, Auseinandersetzungen verursachten. Wie gewohnt wird, zogen hunderten von Studenten vor die Universität, zerrissene alte Fenster, zerschlagenen Tische und Bänke und verüchten sogar Brand anzulegen. Als es nichts mehr zu zerstören gab, entfernten sie sich unbehelligt; Carabinieri bewachten darauf die Universität. Auch in Neapel kam es zu Auseinandersetzungen seitens der Studenten. — Eisenbahnumzug. Ein Eisenbahnumzug stieß im Bahnhof der Station Zamarraga (Spanien) auf den Prellbock. Einige Wagen wurden zerdrückt, sieben Personen schwer, mehrere leicht verwundet. Ein deutscher Reisender wurde in Folge einer schweren Verlegung am Kopfe wahnsinnig. — Der Empress von Paris. Brüssel ist am Dienstag in der Nähe von Chantilly entgleist. Man glaubt, daß die Ursache der enthaltenden Rägen ist, durch den die Gleise eingefunken sind. Ein Reisender, aus Lüttich kommend, ist verwundet worden. — Das größte Schiff der Welt. Am 14. Januar wurde auf der Werft von Harland u. Wolff in Belfast der neue, für die White Star-Linie gebaute Dampfer "Oceania" vom Stapel gelassen, der fortan das größte Schiff der Welt sein wird. Es muß 685 Fuß in der Länge, während der norddeutsche Lloyd dampfer "Kaiser Wilhelm der Große" nur 625 Fuß lang ist. Der "Great Eastern" maß 680 Fuß. Die Geschwindigkeit der "Oceania" wird die des "Kaiser Wilhelm der Große" nicht ganz erreichen. — In Petersburg wird die Errichtung großer Werkstätten zur Fabrikation von Möbeln aus Aluminiuum geplant. Fertige Möbel werden auch in einem originalen Schaukasten auf der belebten Straße Petersburgs, dem Nevski-Prospekt, ausgestellt werden. Der Schaukasten wird ebenfalls aus Aluminiuum sein. — Die Lieblingsbeschäftigung des Kaisers von China besteht in der Dressur von Ziegen und Affen. Abgeschlossen von der Welt, im Kreise der Paradeschonen, verbringt der Schatzenkaiser seine Tage, nur zuweilen bricht sich seine Energie Bahn.

Die Gesindeordnung! Eine "mäßige" Züchtigung von Dienstboten, wie sie durch die preußische Gesindeordnung gestattet ist, berechtigt, nach einem Urtheil des Kammergerichts, die Gezüchtigten nicht, den Dienst sofort zu verlassen. Eine gesetzliche Ursache zum Verlassen des Dienstes liegt nur dann vor, wenn es sich um Misshandlungen und Überschreitungen des Züchtigungsrechtes handelt, die mit Gefahr für Leben und Gesundheit der Dienstboten verbunden sind. — Wann wird endlich die Gesindeordnung, die dem einen Kontrahenten eines Arbeitsvertrages das Recht gibt, den andern zu prügeln, bestätigt werden? Es scheint, als solle sie ihr hundertjähriges Jubiläum feiern! Eine kostbare Illustration unserer Zeiten!

Die Sittlichkeit unserer Staats- und Gesellschaften. Wegen Verführung seiner Dienst-

"Lassen Sie sich's doch von der jungen Dame selbst erzählen. Ihr Wein ist sehr gut — ich habe großen Durst bekommen. Hahaha! Ohne Liebe hätte sie mich vielleicht auch genommen, aber nicht ohne zehntausend pro Jahr. Und ich habe nur dreitausend. Abhandeln wollte ich ihr nichts, denn ich könnte mich doch nicht selbst unterschätzen! Wie Herr Major?"

"So schlag doch gleich ein heiliges Krenzbombendonetter zwein!" fluchte der alte Muz und die Börnesader auf seiner Stirn schwoll dic auf.

"Tawohl, zusammenhängen!" knirschte der Amerikaner und ballte seine starken Hände drohend zusammen: „Einen Amboß möch' ich hier haben und das ganze alte Eisen zusammenhängen mit dem schwersten Schmiedehammer, daß die Funken ihnen nur so um die vornehmen Nasen tanzen sollten! Internationale Verbildung hat sie es genannt, Dummköpfe sind's — alt Eisen — bang, bang! immer drauf! Major, haben Sie nichts zu zerbrechen hier?"

"Rudolf, Jungchen! Du bist mein Mann! Hier den Stuhl opfern wir. Krach! krach! So ist's recht — laß mir nur auch was übrig, Teufelskerl! — So, da! Knick, knack! Da liegt der Blunder. Das Räsonnieren habe ich abgeschworen; jetzt mach' ich mich an das Möblement! Theurer zwar, aber gründlicher!"

Da standen die beiden heißen Männer und betrachteten mit wildunkelnden Blicken die am Boden zerstreuten Glieder ihres unglücklichen Opfers, eines unschuldigen Mohrsküdes.

Und dann trocknete sich der alte Muz die Stirn und seufzte schwer auf: „Meine arme Excellenz! Der Sohn macht Schulden wie ein Major und die Tochter... Das ist ja, um gleich Muselmänn zu werden."

„Der Sohn macht Schulden?“ warf Rudolf aufhorchend ein.

in a g d hatte sich der 40 Jahre alte Landwirth und frühere Bürgermeister Fr. Goeth. Klinger aus Wittchenstein bei Alten vor der Strafkammer in Gera zu verantworten. Das Mädchen, jetzt 20 Jahre alt, war vom Angeklagten geschwängert worden, dieser lehnte es aber ab, Alimente zu zahlen. Im Disziplinarverfahren wurde er seines Amtes als Bürgermeister entthoben. Schließlich stellte der Vater des Mädchens Strafantrag wegen Verführung, weil der Angeklagte dem Mädchen schon im 16. Lebensjahr nahe getreten war. Es waren 24 Zeugen geladen, die unter Ausschluß der Offenlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung dieser tugendhaften Staatsbürgin zu neun Monaten Gefängnis. — Ein anderer Skandalprozeß spielte sich in der fashionablen Böderstadt Wiesbaden ab, natürlich hinter verschlossenen Thüren! Der Frankfurter "Volksstimme" wird darüber berichtet: Auf der Anklagebank saßen der Massur Alois Heilmann und die Masseuse Franziska Hoffmann wegen schwerer, an ihren eigenen 17. bzw. 15-jährigen Töchtern verübten Kuypeln. Die beiden gewissenlosen Angeklagten haben ihre Kinder reichlich Wüslingen zu geföhrt und aus der Schande derselben einen Gelderwerb gemacht. Die Beihandlung dauerte etwa drei Stunden, da an die zwanzig Zeugen zu vernehmen waren. Wir bemerkten unter ihnen den Herrn Stadtverordneten und Fabrikanten Chr. Kallbrenner, den Herren Stadtverordneten und Rentner Moritz Winkelauer, den Herrn Rentner D. Schachter, den Herrn Buchhalter am Städtischen Gab- und Wasserwerk Joseph Conrad und andere ehrenwerthe Männer der Wiesbadener "besseren" Gesellschaft. Das Urtheil lautete gegen Alois Heilmann auf zwei Jahre und gegen die Franziska Hoffmann auf drei Jahre Buchthal und je zehn Jahre Eheverlust. Aus diesen harten Strafen kann man schließen, daß es sich um recht grobe Fälle gehandelt hat. In der Urtheilsbegründung die natürlich eine sehr diskrete war, wurde ausgeführt, daß Wilderungsgründe bei beiden Angeklagten nur schwer zu finden gewesen seien; bei Heilmann kam nur in Betracht, daß er noch nicht vorbestraft ist, während die Hoffmann mehrfach, insbesondere wegen Sittenpolizeiübertretung, vorbestraft ist. Die Wiesbadener Gutgestunten Blätter schwiegen den Fall natürlich nach Möglichkeit tot.

Kahlköpfigkeit und Schwangerschaft vor dem Kammergericht. Neben einer hochinteressante, eigentlich Entscheidung des Kammergerichts wird der "Volkszeitung" gemeldet:

Ein Staatssekretär Mr. aus Halle a. S. war angeklagt worden, weil er entgegen der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von Sachsen vom 21. Mai 1896 Geheimmittel in der Presse angekündigt habe zur Bekämpfung und Heilung menschlicher Krankheiten. Im Justizialtheil der Zeitung des Angeklagten waren eine Haftstrafe gegen Kahlköpfigkeit und ein chemisches Mittel gegen die Empfängnis angepriesen. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu einer Geldstrafe verurteilt, die Strafkammer hingegen den Angeklagten freigesprochen, da es sich nicht um Mittel zur Verhütung und Heilung von Krankheiten handle. Kahlköpfigkeit und Schwangerschaft seien keine Krankheiten. Kahlköpfigkeit sei nur — ein Schönheitsfehler und Schwangerschaft eine normale Veränderung des weiblichen Körpers. Gegen diese Entscheidung ergriff die Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Revision an das Kammergericht. Der Oberstaatsanwalt trat aber der Revision nicht bei, sondern crachtete die Vorentscheidung für zutreffend. Thatsächlich wies das Kammergericht die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet ab mit der Begründung, Kahlköpfigkeit könne die Folge einer Krankheit sein, sei aber selbst keine Krankheit; auch Schwangerschaft könne nicht als eine Krankheit angesehen werden. Die fraglichen Mittel seien milchin nicht zur Verhütung und Heilung menschlicher Krankheiten angepriesen worden. — Was die Schwangerschaft angeht, so wird sich ja wohl auch der Laie darüber klar sein, daß sie keine Krankheit ist. Wie es mit der Kahlpöfigkeit steht, so mögen sich die Aerzte darüber streiten, die ja auch schon ganze Bände darüber geschrieben haben, ob die Kahlpöfigkeit eine Krankheit ist oder nicht.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Das Landgericht Bützow verurteilte den 45 Jahre alten vorbestrafen Handarbeiter Eduard Künzel wegen Majestätsbeleidigung zu sieben Monaten Gefängnis. — Mit der Verurteilung des Genossen August Müller in Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung scheint das Verbrechen der "Volksstimme" durch die Artikel: "Wie die Alten fingen", der Staatsanwaltschaft noch nicht genügend gesühnt zu sein. Am Dienstag wurde der Drucker der "Volksstimme", Franz Behrge, verommen. Die Vernehmung hatte den Zweck, den Verfasser des Artikels zu ermitteln.

Was sich ein "Fürstlicher Laudenth" heransummt. Obwohl man sich allgemein daran gewöhnt hat, sich über nichts Polizeiliches oder Gerichtliches mehr zu wundern, so treten doch immer wieder Erscheinungen auf, die einem den banalen Ausdruck abnötigen: „Es ist ja wohl nicht möglich!“ Folgendes landräthliche Schreiben wird der „Ahl. Tabelle“ von dem Adressaten, einem Arbeiter in dem kleinen Schwarzwald-Sonderhausen'schen Orte Großenehrich, zur Verfügung gestellt:

„Sie, obgleich Sie am 16. Januar 1896 von mir mit dem Wirtschaftsverbote bestraft sind, dennoch in der letzten Februaracht den Rathskeller in Großenehrich betreten haben, so nehmen Sie in eine Haftstube von 3 Wochen, die Sie bis Montag, den 16. Januar erstmals verlassen, so haben Sie Verhaftung zu gewähren.“

Sollten Sie bis zur bestimmten Zeit die Haft nicht antreten, so haben Sie Verhaftung zu gewähren.  
Ebeleben, den 12. Januar 1899.

Der Fürstliche Laudenth.

Der Arbeiter hat um Aufschub gebeten, der ihm nach seiner eigenen Aussage ebenso verweigert wurde, wie sein Verlangen, vorher eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Man bedenke, wie schwer der Mann, der nach drei Jahren zum ersten Mal in der heiteren Sylvesterstimmung den Rathskeller wieder betritt — ein gräßliches Verbrechen ohne Zweifel! — dafür bestraft wird, und besonders, da er als blutarmer Teufel sich in 3 Tagen so einrichten soll, daß seine Familie in den 3 Wochen nicht verhungert. — Hoffentlich findet diese landräthliche Selbstherrlichkeit eine Korrektur durch die oberen Instanzen.

Die geheimnisvolle schwarze Linie. Der dieswöchentliche "Simplissimus" erzählt folgende Anekdoten aus Serenissimus Leben:

Serenissimus geruhen Allerböhest eine neue Karte von dero unterthänigstem Lande in Augenschein zu nehmen.

„Sagen Sie doch, mein lieber Kindermann, äh — was ist denn das Grune hier?“

„Das bedeutet Wasser, Hoheit.“

„So — äh und das Grüne hier?“

„Das bedeutet Wald und Wiesen.“

„So, aber sagen Sie blos — äh — mein lieber Kindermann, was ist denn das für eine schwarze Linie, die da gerade bei meiner — äh — Residenzstadt vorbeigeht?“

„Das, Hoheit, ist der zweitundfünzigste Breitengrad.“

„So? — sehr merkwürdig. Ist mir noch nie aufgefallen. Machen Sie mich doch das nächste Mal — ö — wenn wir wieder daran vorbeikommen, darauf aufmerksam.“

damit ich's Dir gleich um die Ohren schlagen kann, mein Jungchen, mein Süßes!“

„Zu Befehl, Herr Major!“ grinste Lautenschläger ganz vergnügt.

Zünftes Kapitel.  
Aus welchem der Vierer allerlei erfahren wird, obgleich nicht viel darin vorgeht.

Frau von Lersen hatte ein paar schlaflose Nächte und einige Tage voll banger Sorge, voll nagenden Kummer hinter sich. Die entschiedene Weigerung des Majors, auch nur einen Finger zu rühren, um Brot noch einmal aus seiner Bedrängnis zu helfen, seine eindringliche Mahnung, den leichtsinnigen jungen Mann diesmal seinem Schicksal zu überlassen und so zum Aufgeben der militärischen Laufbahn zwingen, hatte sie dermaßen erschüttert, daß sie sich seitdem geistig und körperlich wie gelähmt fühlte. Und nun mußte auch noch Asta, ihre den bösen Streich spielen, aus langer Verständigkeit die frohe Hoffnung zu zerstören, mit der sie einer Verbindung mit dem ausgezeichneten Amerikaner entgegengesehen hatte. Ach, und was hatte das unbegreifliche Mädchen ihr auf ihre zärtlichen Vorwürfe geantwortet! Welche leidenschaftliche Verbitterung war da aus der stolzen Seele der Tochter hervorgebrochen, wie ein lang fortwährendes, inneres Feuer durch einen plötzlichen Zugstoss zur hochodernden Flamme angefacht! Welche unbarmherzigen Anklagen gegen die Eltern, die so eitel auf sie geweitet, und die nur, durch ihren Eifer dem hochbegabten Mädchen alle Schäfe moderner Bildung zugänglich zu machen, ihr die Anwartschaft auf eine glänzende Stellung unter den Auserwählten ihres Geschlechtes zu verschaffen, während Schuld auf sich geladen haben sollten, ihr die Fähigkeit zu beglücken geraubt zu haben! Die arme Excellenz fühlte sich unfähig, einen Entschluß zu fassen.

(Fortsetzung folgt.)

Tawohl. Holt Pferde, spielt und macht der Grigor den Hof.“

„Wer hat seine Bechse?“

„Weiß ich nicht. Ich bezahle sie nicht!“

„Aber ich!“

„Was Tausend! Mann, Sie werden doch nicht?“

„Ja ich werde! Und heute abend noch bringe ich der Grigor eine neue Kiste Pflanzen, aber in Baulnoten eingewidelt!“

„Mensch! Bist Du verrückt?“

„Death and starvation, no! Geld oder die große Leidenschaft hat die Baronesse Asta gejagt. Thunderbolt und rattle-snakes! Die große Leidenschaft ist da! — Was thun' ich mit dem Geld? Haha! Ich will lustig sein in dem verdammten, alten Lande! Ich will schwören, zaubern, lügen oder trügen; ich will angebetet werden, Herr Major, für mein schönes Geld! Und wenn das zu Ende ist, dann will ich wieder hinüber und den großen Blasenbalg treten und dann immer mit dem großen Hammer bang, bang! aufs alte Eisen. — I wish you good morning, Sir!“

Und damit ging er hinaus und warf die Thüre kräftig hinter sich ins Schloß.

Der alte Muz war noch Kochgar vor Born. Er schüttelte den großen grauen Kopf und brummte schier verbüßt: „Na, Du bist mir ja ein rechter, biederer Beamter!“

Und dann steckte Lautenschläger ganz vorsichtig den Kopf zur Thür herein, sah die Trümmermasse auf dem Boden, und sagte schließlich harmlos grinsend: „Herr Major, haben mal Ihnen Geburtstag recht lustig gefeiert?“

„Tawohl, Du Esel, verdammt lustig! Alshängen möch' ich Dich zur Feier des Tages, wenn's nur die Rägel in dem faulen Mörtel aushalten könnten. Da hast Du einen Thaler. Las mir den Stuhl da wieder sticken, wenn's geht. Und wenn Du künftig merfst, daß mit das Räsonnieren ankommt, dann häfst Du mir geschwind das Ding hin, verstehst Du?“

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Läbed und Nachgebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Raach. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Sübed.